

G O M M E R

**Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.**

Er erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 46.

Berlin, den 13. November 1910.

14. Jahrg.

Unsere Gauorganisation im 1. Halbjahr 1910.

Mit dem 1. Juli 1910 ist der Zusammenschluß der Bruderorganisationen der Hafenarbeiter, Seeleute und Transportarbeiter in Kraft getreten, mithin der durch die Verhältnisse gebieterisch geforderte Industrieverband aller Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande erfreuliche Tatsache geworden.

Unser diesmaliger Halbjahresbericht für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni cr., erstreckt sich daher zum letzten Male auf die Gauorganisation bzw. die Mitgliedschaften unserer alten Transportarbeiterverbandes. Die glänzende Entwicklungsperiode desselben noch einmal anschaulich an unserem Geiste vorüberziehen zu lassen, gestattet leider der uns zur Verfügung stehende Raum nicht. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß in keinem Verufe die Schaffung einer Zentralorganisation mit so außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft gewesen ist, als gerade in dem unfrigen. Als dann endlich im Jahre 1897 die Gründung des Zentralverbandes erfolgen konnte, zählte er am Schlusse des

genannten Jahres nur rund 3500 Mitglieder. Heute aber können wir mit Genugtuung konstatieren, daß diese unscheinbare Zahl innerhalb der dazwischen liegenden, verhältnismäßig kurzen Periode von dreizehn Jahren bis zum 30. Juni 1910, die imposante Höhe von

104 589

erreicht hat.

Unterziehen wir uns nunmehr der Aufgabe, den Stand unserer alten Organisation kurz vor dem bedeutungsvollen Wendepunkt ihrer Geschichte in der gewohnten Weise zu skizzieren.

Zunächst zu Tabelle I.

Im 1. Halbjahr 1910 wurden abgehalten 1377 Versammlungen und 3651 Besprechungen und Sitzungen. Hier von fehlt für 13 Versammlungen und 3 Besprechungen und Sitzungen die Angabe der behandelten Themen, während für 12 Versammlungen und 2214 Besprechungen und Sitzungen (Groß-Berlin) wohl entsprechende Angaben gemacht worden sind, aber die Verteilung der Themen auf die einzelnen Versammlungen zc. leider unberücksichtigt geblieben ist.

Im übrigen ergibt sich hierfür folgendes Schema:

1. Geschäftl. Berichterstattung	289 bzw. 403 Fälle
2. Moral. u. organisat. Fragen	386 " 486 "
3. Lohnbewegungen	96 " 192 "
4. Lohn- u. Arbeitsverhältnisse	159 " 108 "
5. Berufsfragen, Mißstände zc.	85 " 163 "
6. Rechtsfragen u. Arbeiterschutz-gesetzgebung	85 " 9 "
7. Maßnahmen von Behörden u. Untern., Polizeiverordn. zc.	10 " 2 "
8. Allgemeine Arbeiterbewegung	56 " 5 "
9. Statistik, Sozialreform und Sozialpolitik	94 " 4 "
10. Wissenschaftl. Themas	90 " "
11. Verschiedene Fragen	2 " 62 "

Insgesamt 1352 bzw. 1434 Fälle

Hierzu ist zu bemerken, daß in 70 der vorstehenden Versammlungen, sowie in 84 der obigen Besprechungen und Sitzungen je 2 Themen verhandelt wurden. Was die Verteilung selbst anbelangt, so haben die Fragen unter 1, 2, 4 in den Verhandlungen den breitesten Raum eingenommen. Erfreulicherweise hat sich auch die Zahl der wissenschaftlichen Themas gegen früher erhöht.

Lohnbewegungen bzw. Aussperrungen weist die Tabelle 268 auf. Der Zahl der Bewegungen nach steht der Gau 11 an erster Stelle, ihm folgen der Bezirk Groß-Berlin, dann die Gauen 6, 9, 16, 14, 5 und 15.

Revisionen, über die Berichtsbogen eingesandt worden sind, waren 8 zu verzeichnen.

Der geschäftliche Verkehr der Gauvorstände spiegelt sich in folgenden Zahlen wieder: **E i n g a n g e**: 9675 Briefe und Karten, 4246 Drucksachen und Pakete, 74 Depeschen. **A u s g a n g e**: 11212 Briefe und Karten, 13917 Drucksachen und Pakete, 324 Depeschen und Telephongespräche.

Mündliche Auskünfte in Arbeiterversicherungs- und Rechtsfragen wurden 999 erteilt, an Schriftstücken für Verwaltungen und Mitglieder sind 1086 angefertigt und 15 Eingaben an Behörden gemacht worden.

Nur zur Besprechung der einzelnen Gauen unter Zugrundelegung der Tabellen 2-5.

Groß-Berlin.

Groß-Berlin hat weitere Fortschritte aufzuweisen, trotzdem die erhebliche Fluktuation unter den Mitgliedern die tatsächlich erzielten Erfolge in wesentlich verkleinertem Maßstabe erscheinen läßt. Der Zunahme von 905 Mitgliedern steht ein Rückgang um 10 949 Wochenbeiträge gegenüber. Dementsprechend ist auch die Durchschnittszahl der pro Mitglied geleisteten Wochenbeiträge von 10,8 im 4. Quartale 1909 auf 10,0 resp. 10,2 im 1. Halbjahr 1910 gesunken. Die Erhöhung der Gaunkosten ist durch die gleichzeitig abgelieferte höhere Summe an Gaubeiträgen etwa ausgeglichen worden, was daraus hervorgeht, daß der Durchschnittsbetrag, welchen die Hauptkasse pro Wochenbeitrag zusteuern mußte, sich auf 0,03 Pf. gegen 0,04 Pf. vom vorigen Halbjahr stellt. Die Stabilität in den Verhältnissen des Gaus läßt also noch zu wünschen übrig. Hoffen wir, daß das 2. Halbjahr eine wesentliche Besserung bringt. An diesbezüglicher intensiver Arbeit der Funktionäre dürfte es unseres Erachtens sicher nicht fehlen.

Ost- und Westpreußen.

Es scheint so, als wenn Gau 1 langsame, aber sichere Fortschritte macht. In dem diesmaligen Plus von 94 Mitgliedern und 1152 Wochenbeiträgen sind Ost- und Westpreußen ganz besonders beteiligt. Größere Mitgliederverluste einzelner Verwaltungen sind nicht zu konstatieren. An Wochenbeiträgen hat Danzig den größten Rückgang aufzuweisen. Das Beitragsverhältnis schwankte in den beiden Quartalen der Berichtsperiode, was aus den Durchschnittszahlen 10,7 und 11,4 erhellt. Die Steigerung der Gaunkosten bedingte eine Erhöhung des Hauptkassenaufschusses um 0,2 Pf. pro Wochenbeitrag.

Bei der Beurteilung der Verhältnisse im Gau I muß in Betracht gezogen werden, daß die von den ostpreussischen Jüngern zur Bedürfnislosigkeit „erzogenen“ jungen Landarbeiter, aus denen sich unsere Berufscollegen dort fast ausschließlich rekrutieren, sich nicht gerade besonders geeignet für Organisationsbestrebungen erweisen. Da auch Handel und Verkehr nicht so bedeutend sind, um — ausgenommen wenige

I. Bericht über die agitatorische und geschäftliche Tätigkeit im 1. Halbjahr 1910.

Gau Nr.	Name des Gaus	Im 1. Halbjahr wurden abgehalten										Eingang			Ausgang				
		Versamml. im Gauvorort	Versamml. in anderen Orten des Gaues	Versamml. in Orten ohne Gauvorort	Versamml. in Orten ohne Gauvorort	Versamml. in Orten ohne Gauvorort	Versamml. in Orten ohne Gauvorort	Versamml. in Orten ohne Gauvorort	Versamml. in Orten ohne Gauvorort	Versamml. in Orten ohne Gauvorort	Versamml. in Orten ohne Gauvorort	Briefe und Karten	Drucksachen und Pakete	Depeschen	Briefe und Karten	Drucksachen und Pakete	Depeschen		
1	Bezirk Groß-Berlin	12	—	—	2214	—	—	—	—	—	35	—	—	4518	2512	—	5229	9227	2
2	Ost- und Westpreußen	26	24	10	27	27	7	1	—	—	1	—	—	159	23	2	92	122	1
3	Schlesien und Posen	58	185	17	46	154	44	10	—	—	10	—	—	798	333	11	1011	391	13
4	Brandenburg	2	55	13	7	41	9	11	1	—	1	—	—	345	40	3	450	354	59
5	Hannover	5	3	1	46	—	—	—	—	—	1	—	—	36	29	—	55	29	—
6	Königreich Sachsen	14	119	4	21	89	1	13	—	—	1	—	—	701	80	38	560	50	38
7	Südbayern	20	58	12	63	14	6	26	3	—	—	—	—	241	63	—	236	116	16
8	Nordbayern	12	71	—	31	30	1	6	—	—	—	—	—	167	19	—	227	46	3
9	Thüringen und Hessen-Kassel	6	67	2	19	73	3	10	3	—	—	—	—	401	200	7	419	461	29
10	Prov. Sachsen, Anhalt und Braunschweig	23	43	4	48	35	2	25	—	—	—	—	—	361	177	—	362	418	—
11	Hannover	6	63	6	16	74	17	11	—	—	—	—	—	226	27	2	260	955	16
12	Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und Mecklenburg	9	44	5	7	45	9	55	—	—	—	—	—	343	15	—	474	517	6
13	Bremen und Oldenburg	13	45	2	6	33	—	11	—	—	—	—	—	154	14	—	193	56	11
14	Westfalen	4	79	2	10	57	13	8	—	—	—	—	—	324	375	2	371	310	64
15	Rheinprovinz	16	59	4	64	57	3	14	—	—	—	—	—	221	243	5	438	498	44
16	Hessen, Unter-Baden, Rheinpfalz und Lothringen	7	84	5	16	91	4	13	—	—	—	—	—	368	34	1	336	208	7
16	Württemberg, Ober-Baden und Elsaß	21	37	—	18	44	3	16	—	—	—	—	—	312	62	3	399	159	15
Zusammen		254	1036	87	2659	869	123	263	8	9675	4246	74	11212	13917	324				

II. Die Entwicklung der Mitgliedschaften im 1. Halbjahr 1910.

Gau Nr.	Zahl der Mitgliedschaften	Zahl der Mitglieder			Gegen das 4. Quart. 1909		Zahl der Wochenbeiträge			Gegen das 4. Quart. 1909		Gaubeitrag für das 1. u. 2. Quart. 1910		
		4. Quart. 1909	1. Quart. 1910	2. Quart. 1910	Zunahme	Abnahme	4. Quart. 1909	1. Quart. 1910	2. Quart. 1910	Zunahme	Abnahme	M	S	
Groß-Berlin	1	33197	33379	34102	905	—	358181	333547	347232	—	10949	3374	10	
1	4	1342	1416	1436	94	—	15168	15132	16320	1152	—	142	80	
2	37	4556	4802	466	410	—	46636	51058	57125	10489	—	510	40	
3	21	1374	1888	1981	607	—	16601	21010	22036	5436	—	193	50	
4	3	470	497	564	94	—	5832	5712	6918	1086	—	53	10	
5	44	12305	13022	13588	1283	—	141691	143319	160023	18332	—	1576	60	
6	16	5647	5817	5918	271	—	62274	61626	66545	4271	—	537	—	
7	18	2286	2458	2656	370	—	27234	28337	32077	4843	—	240	85	
8	30	2312	2470	2510	198	—	26680	26344	29064	2384	—	434	55	
9	23	5053	5276	5482	429	—	66263	59314	65186	—	1077	534	75	
10	20	1614	1722	1800	186	—	18323	18377	21310	2987	—	273	60	
11	22	15042	15850	16333	1591	—	174794	173915	190361	15567	—	1532	65	
12	19	3557	3762	3961	404	—	43612	43667	45636	2074	—	404	55	
13	19	1539	1718	1829	290	—	17336	18971	20561	3175	—	176	45	
14	13	1241	1295	1488	247	—	12664	13339	16504	3840	—	138	90	
15	26	3684	3839	3929	245	—	37442	39252	43871	6429	—	338	85	
16	15	1404	1593	1746	342	—	15391	17623	18322	3431	—	159	65	
Zusammen		331	96623	100804	104589	7966	—	1086172	1072743	1159701	73529	—	10767	30

III. Durchschnittszahlen der eingegangenen Wochenbeiträge pro Mitglied.

Table with columns: Gau Nr., Die Zahl der Beiträge betrug pro Mitglied: Jahresdurchschnitt (pro 1907, 1908, 1909), 1910 (1. Quartal, 2. Quartal). Rows include Gau 1-16 and Gesamt Durchschnitt.

* Unter Gau 3 mitverbucht.

IV. Zusammenstellung der Gau-Einnahmen und Ausgaben.

Table with columns: Gau Nr., Gesamtkosten (2. Halbjahr 1909, 1. Halbjahr 1910), Gaubeitrag (2. Halbjahr 1909, 1. Halbjahr 1910), Die Hauptkasse zahlte zu (2. Halbjahr 1909, 1. Halbjahr 1910), Die Hauptkasse zahlte pro Wochenbeitrag (2. Halbjahr 1909, 1. Halbjahr 1910). Rows include Gau 1-16 and Summe.

V. Gegenüberstellung der Mitglieder- und Beitragsziffern des 2. Quartals 1909 und 1910.

Table with columns: Gau Nr., Mitgliederzahl (1909, 1910), Zunahme, Abnahme, Beitragsziffer (1909, 1910), Zunahme, Abnahme. Rows include Gau 1-16 and Zusammen.

Wähe — befruchtend auf das Gesamtwirtschaftsleben wirken zu können, so müssen die Fortschritte in der Gauorganisation hier höher bewertet werden, als es unter normalen Verhältnissen der Fall wäre.

Schlesien und Posen.

In die Augen springend ist der Aufschwung des Gau 2 in der Berichtsperiode. Es sind 410 Mitglieder als Plus und ein Mehr von 10 489 Wochenbeiträgen zu verzeichnen. Am 2. Quartal 1909 gemessen, beträgt die Zunahme innerhalb Jahresfrist 715 Mitglieder und 17 100 Wochenbeiträge. Die Durchschnittszahl der eingegangenen Wochenbeiträge hat sich weiter günstig auf 10,6 bzw. 11,5 gehoben. Diesem Umstande ist es zu verdanken, daß die Zusteuer, welche die Hauptkasse pro Wochenbeitrag leisten mußte, von 6,1 auf 5,5 Pf. gefallen ist, obwohl die Gesamtkosten sich nicht unbedeutlich erhöht haben, so daß selbst die von 446,50 auf 510,40 Mk. gestiegene Gaubeitragsleistung allein nicht genügt hätte, um hier einen Ausgleich herbeizuführen.

Alles in allem ist im Gau 2 ein tüchtiger Schritt nach vorwärts getan worden, was um so höher anzuschlagen ist, als sich hier der Organisation Schwierigkeiten mannigfacher Art in den Weg stellen.

Brandenburg.

Diese Provinz ist industriell zwar ziemlich entwickelt, doch tut die Nähe Berlins und einiger Vororte der Bildung großer Industriezentren wesentlich

Abbruch, und dies wirkt wieder auf die Organisationsverhältnisse zurück. Unsere Annahme, daß der Gau bald größere Erfolge aufweisen würde, hat sich darum nur teilweise erfüllt. Gegen das 4. Quartal 1909 ist ein Zuwachs an 607 Mitgliedern und 5495 Wochenbeiträgen zu verbuchen, doch ist hierbei zu bemerken, daß die bis 1. Januar 1910 zu Gau-Berlin gehörende und nun wieder dem Gau 3 zugeteilte Verwaltungsstelle Spandau mit ihrer Mitgliederzahl und den Beiträgen darin enthalten ist. Die Durchschnittsleistung an Wochenbeiträgen spiegelt sich in den Zahlen 11,1 bzw. 11,2 wieder, der Zuschuß, den die Hauptkasse pro Wochenbeitrag leisten mußte, ist von 7,5 auf 5,7 Pf. gesunken. Da im übrigen auch eine höhere Summe an Gaubeiträgen abgeliefert werden konnte, betrug trotz der Erhöhung der Gesamtkosten der Zuschuß der Hauptkasse dieselbe Summe, wie im vorigen Halbjahr. Die Parallele mit dem 2. Quartal 09 ergibt ein Mehr an 734 Mitgliedern und 8491 Wochenbeiträgen. Die Provinz Brandenburg weist von Anfang an eine ziemlich gleichmäßige Organisationsentwicklung auf, die neuerdings ein rascheres Tempo einschlägt und entsprechende Erfolge zeitigen muß.

Pommern.

In Pommern scheint es zu dämmern. Insbesondere hat diesmal der Gauvort ein beachtenswertes Aufschwung genommen, wenn auch im übrigen die Entwicklung des Gau 5 im Verhältnis zu

der Zahl der vorhandenen Berufskollegen noch nicht so ist, als sie sein könnte. Der Mitgliederzunahme von 94 im ersten Halbjahr steht eine solche von 133 innerhalb Jahresfrist zur Seite. Die Wochenbeiträge sind in denselben Perioden um 1086 bzw. 2118 gestiegen. Die Durchschnittszahl der abgelieferten Wochenbeiträge betrug im 4. Quartal 1909: 12,4. Dieselbe ist in der Berichtsperiode auf 11,5 resp. 12,3 zurückgegangen. Gaubeiträge sind diesmal 53,10 Mk. gegen 46,50 Mk. vom vorigen Halbjahre abgeliefert worden. Da auf der andern Seite die Gammkosten zurückgegangen sind, konnte sich auch der Durchschnittssatz, den die Hauptkasse pro Wochenbeitrag zu zahlen mußte, von 12,4 auf 10,2 Pf. erniedrigen. Der Anfang zur Besserung der Verhältnisse im Gau 4 ist somit gemacht. Es muß bei intensiver Arbeit möglich sein, im nächsten Bericht von einem bedeutenderen Aufstieg sprechen zu können.

Königreich Sachsen.

Im „roten Königreich“ geht es rüstig weiter vorwärts. Die noch verhältnismäßig geringere Mitgliederzunahme von 426 des 2. Halbjahres 1909 ist diesmal um mehr als die dreifache Zahl gesteigert worden, so daß innerhalb Jahresfrist ein Gewinn von 1709 Mitgliedern zu konstatieren ist. Die geleisteten Wochenbeiträge haben sich gegenüber dem 2. Quartal 1909 um 18 332 erhöht. Die durchschnittliche Wochenbeitragsleistung ist von 11,5 auf 11,8 gestiegen. Der Hauptkassenzuschuß ist trotz der Steigerung der Gammkosten gleichwohl ein geringerer, da eine entsprechende Erhöhung der abgelieferten Gaubeiträge eingetreten ist. Fassen wir den Mitgliedererfolg des 2. Halbjahres ins Auge, so steht der Gau 5 diesmal an zweiter Stelle, bezüglich der erzielten Wochenbeitragsleistung nimmt er die 3. Stufe ein. Die Verhältnisse liegen für die Organisationsfähigkeit ja, was die industrielle Entwicklung anbelangt, besonders günstig. Nicht zum mindesten ist dies aber auch den Maßnahmen einer überaus reaktionären Regierung zu verdanken, die unfreiwillig dazu beiträgt, weiten Volksschichten die Augen zu öffnen. So kann die intensive Arbeit der Gaufunktionäre von reichem Erfolge gekrönt sein und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir mit weiteren glänzenden Aufwärtsbewegungen rechnen.

Südbayern.

Gau 6 macht stetige Fortschritte. In der Berichtsperiode sind 271 Mitglieder neu gewonnen, außerdem ein Mehr an 4271 Wochenbeiträgen erzielt worden. Das durchschnittliche Beitragsverhältnis hat sich weiter günstig auf 10,6 bzw. 11,2 entwickelt. Die höhere Summe der Gammkosten wird durch den gleichzeitigen höheren Betrag an Gaubeiträgen nahezu ausgeglichen, so daß sich der durchschnittliche Satz, welchen die Hauptkasse pro Wochenbeitrag zusteueren muß, nur um ein geringes, von 1,4 auf 1,5 Pf., erhöhte. Gegenüber dem zweiten Quartal 1909 ergibt sich ein Mehr an 499 Mitgliedern und 12 923 Wochenbeiträgen. In der Berichtsperiode wurde das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, daß infolge der Beitragssteigerung, die sich im Interesse des Verbandes als notwendig erwies, keine Mitglieder verloren gingen. In manchen Gegenden wäre das Organisationsverhältnis noch ein günstigeres, wenn die Kollegen nicht zu sehr durch die „Schwarzen“ fanatisiert wären. In dem Maße, als diese verbildeten „Schäferlein“ ihren „guten Hirten“ die Gefolgschaft verweigern und zur klaren Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangen — worauf hinzuwirken der Verband nicht aufhören wird — in dem Maße werden sich auch die Verhältnisse im Gau 6 noch ergiebiger für die Organisation gestalten.

Nordbayern.

Die in dem Gau 7 ausgestreute Saat scheint allmählich immer reichere Früchte zu tragen. In dem Mitgliedererfolg von 201 Personen im vorigen Halbjahre sind diesmal 370 Köpfe neu hinzugekommen, innerhalb eines Jahres also 571 neue Mitglieder gewonnen worden. Der diesmalige Beitragsgewinn hat sich gegenüber dem der vorigen Periode fast verdoppelt, was einen schönen Jahreserfolg, ein Mehr von 7445 Wochenbeiträgen darstellt. Zum Ausdruck kommt dies günstige Beitragsverhältnis auch durch die bis auf 12,1 gestiegene Durchschnittsleistung an Wochenbeiträgen. Der Zuschuß der Hauptkasse pro Wochenbeitrag hat sich ungefähr in denselben Grenzen gehalten, was auf die Erhöhung der Gammkosten zurückzuführen ist. Andererseits sind diesmal auch 240,85 Mk. Gaubeiträge gegen 215,90 Mk. vom vorigen Halbjahr abgeliefert worden. Die intensiv betriebene Agitation verspricht auch für die Zukunft eine Vorwärtsentwicklung des Gau 7.

Thüringen und Hessen-Kassel.

Gau 8 kann diesmal ebenfalls mit einer größeren Mitgliederzunahme aufwarten. Gegenüber einem Gewinn von ganzen 15 Mitgliedern im vorigen Halbjahre nimmt sich das diesmalige Mehr von 198 Mitgliedern denn doch etwas besser aus. Die Zahl der abgelieferten Wochenbeiträge hat sich um 2384 vergrößert, so daß ein Jahresmehr von 5363 Wochenbeiträgen verzeichnet werden kann. Das durchschnittliche Beitragsverhältnis ist ungefähr dasselbe geblieben, als am Schlusse des vorigen Halbjahres. Die Gammkosten haben sich erhöht, während der Gaubeitrag etwas zurückgegangen ist. Aber die eingangs konstatierte Zunahme an Beiträgen bewirkt, daß gleichwohl der durchschnittliche Zuschuß, welchen die Hauptkasse pro Wochenbeitrag zu leisten hatte, nicht nur nicht gestiegen, sondern weiter (von 4,3 auf 4,1 Pf.) zurückgegangen ist. Im allgemeinen scheint es ja, als ob die internen Schwierigkeiten, die sich der Organisationsentwicklung entgegenstellten und wovon zum Teil im vorigen Halbjahresbericht die Rede war, behoben worden sind. Inwiefern unsere Annahme zutreffend ist, dürfte die Folgezeit unzweifelhaft dartun.

Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig.

Hier ist die Mitgliederbewegung weiter günstig vorwärts gegangen. Das Plus des vorigen Halbjahres konnte um 429 Köpfe erhöht werden, so daß wir 740 Mitglieder als innerhalbs Jahresfrist neu gewonnen feststellen können.

Hannover.

Diese Provinz mit ihrem weitverzweigten Gebiet, mit ihren industriell hochentwickelten Streifen und solchen rein landwirtschaftlicher Natur, an und für sich kein günstiger Boden für eine gleichmäßige Entwicklung der Organisation, zumal, wenn man noch einen gewissen religiösen Einfluß als hindernd in Betracht zieht, hat gleichwohl auch in dem Berichtsjahr wieder eine Aufwärtsbewegung zu verzeichnen.

Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck, Mecklenburg.

Bezüglich des Mitgliederertrages, der allerdings im wesentlichen auf das Konto von Hamburg I zu setzen ist, steht Gau 11 an erster Stelle. Die tabellarischen Zusammenstellungen weisen für das 1. Halbjahr 1910 eine Mitgliederzunahme von 1591 und gegenüber dem 1. Halbjahr 1909 eine Erhöhung der Mitgliederzahl um 2129 auf.

Bremen und Oldenburg.

Gau 12 hält sich weiter auf der Höhe. Die Zahl der Mitglieder hat sich um 404 erhöht, woran in hervorragendem Maße der Gauort beteiligt ist. An der Steigerung der Wochenbeitragsziffer, die insgesamt gegenüber dem vorigen Halbjahr ein Mehr von 2074 ergibt, ist Bant-Wilhelmshaven besonders beteiligt.

Westfalen.

Die Organisationsbestrebungen in diesem urdeutschen Lande mit bedeutenden Industriezentren haben darunter zu leiden, daß Westfalen jetzt eine derartig gemischtsprachige Bevölkerung aufweist — worunter am stärksten das polnische Element vertreten ist — wie kaum ein zweites Gebiet Deutschlands.

Sinken des Hauptkassenzuschusses im Durchschnitt pro Wochenbeitrag von 8,8 auf 6,7 mit veranlaßt. Die Agitation ist im Gau sehr intensiv betrieben worden. Im allgemeinen scheint es, als ob die entgegenstehenden Hindernisse immer mehr besiegt würden und dauernd an Terrain gewonnen wird.

Rheinprovinz.

In Gau 14 liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Westfalen. Schon früher wurde darauf hingewiesen, daß sich hier auch besonders einheitlich der religiöse Einfluß der „Münchener-Bladbacher“ und ähnlicher „Brüder in Christo“ bemerkbar macht.

Sachsen, Unter-Waden, Rheinpfalz und Lothringen.

Es ist erfreulich, diesmal von einem Fortschreiten des Gau'es berichten zu können. Der am Schlusse des 4. Quartals 1909 sich ergebende Verlust von 329 Mitgliedern ist durch 245 neu hinzugekommene bis auf 84 wieder ausgeglichen worden.

Württemberg, Ober-Waden und Elsaß.

Zeitweise langsame industrielle Entwicklung, ein gewisser demokratischer Zug im gesellschaftlichen und politischen Leben, der die Klassengegensätze in etwas überbrückt, dann aber wieder eine, wenn auch gemilderte Ausnahmeerscheinung, um den wieder- und neugewonnenen „deutschen“ Brüdern die „Liebe“ zum Vaterlande „anzuziehen“ zu können, und endlich — die Gliederung der Bevölkerung in nationaler Beziehung selbst, das sind von jeher Hemmnisse gewesen, mit welchen die Organisation im Gau 16 zu rechnen hatte.

Nun zum Gesamtergebnis!

Die Organisation hat im 1. Halbjahr 1910 einen beachtenswerten Aufschwung genommen. Gegen das 4. Quartal 1909 ist ein Plus von 7966 Mitgliedern zu verzeichnen, während als Jahreserfolg sich fast die doppelte Anzahl ergibt.

Alles in allem betrachtet, hat die Organisation in diesem Halbjahr wieder einen wichtigen Schritt nach vorwärts getan. Das erste Hunderttausend Mit-

glieder ist überschritten. Diese Etappe gilt als zurückgelegt. Freuen wir uns darüber und geloben wir, mit aller uns zur Verfügung stehenden Kraft an der Entwicklung und an dem Ausbau der Organisation weiter mitzubedenken. Einer für Alle und Alle für Einen! Doch noch etwas anderes! Die Entwicklung unseres Verbandes in seiner alten Form ist abgeschlossen. Beruhen wir einen Augenblick und schauen wir zurück. Großes ist geschaffen worden. Die Organisation der Transportarbeiter hat sich herausgerungen aus den kleinsten Anfängen zu einem achtunggebietenden Faktor im Wirtschaftsleben.

Ein gefährlicher Vorschlag auf dem Arbeiternachweis-Kongress.

Das Problem des Arbeiternachweises haben die organisierten Arbeiter von jeher zum Gegenstand ihres lebhaftesten Interesses gemacht. Ihre Auffassung über die geeignetste Form desselben hat im Laufe der Zeit eine recht interessante Entwicklung durchgemacht. Der stetige Umschwung der Meinungen kommt in den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse zum Ausdruck.

Diesem Umschwung der Stellungnahme gegenüber der Institution des Arbeiternachweises haben die Unternehmer vielfach dahin ausgelegt, daß die Gewerkschaften nunmehr auf Umwegen zu erreichen suchten, was sie anders nicht hätten durchsetzen können.

Auf dem Arbeiternachweis-Kongress, der am 27. und 28. Oktober in Breslau tagte, wurde bei dem Punkte: Einseitige Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Nachweise auch die Frage der Parteilichkeit in der Verwaltung der öffentlichen Arbeiternachweise mit erörtert.

Die Herren Generalsekretäre, deren Aufgabe es ist, die Theorie des absoluten Herrenlums juristisch und ethisch zu begründen, brauchen ja nicht begreifen oder dürfen es doch nicht zugeben, daß diese Wandlung in der Auffassung gegenüber dem Arbeiternachweis-Institut nur eine Folge ist der Entwicklung, die die Gewerkschaften durchgemacht haben.

Das Vertrauen der Arbeiter zu den öffentlichen Nachweisen nun steht und fällt mit dem Verhalten dieser Institutionen bei Streiks und Aussperrungen. Bei den meisten dieser Nachweise besteht z. B. die sog. „Streik Klausel“, wonach bei einem Streik die Tätigkeit der Nachweistelle wohl aufrecht erhalten wird, aber der Beamte hat die Arbeitenden von dem Bestehen der Differenzen in Kenntnis zu setzen.

Damit sind die Unternehmer natürlich nicht einverstanden, und sie berufen sich mit Vorliebe auf die Streikklause, wenn sie ihre Gegnerschaft gegen die öffentlichen Nachweise zu begründen haben. Wohl um den Widerstand der Arbeitgeber zu überwinden, stellen die beiden Referenten übereinstimmend die These auf, es bestehe heute bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen die Parität noch nicht, es sei vielmehr nötig, den Arbeitgebern auch die Namen der Streitenden mitzuteilen. Nur so könnten beide Interessentengruppen Vertrauen zu dem Nachweis haben.

Es wird nicht möglich sein, im Rahmen eines kurzen Zeitungsartikels diesen Gegenstand erschöpfend zu behandeln; so viel steht fest, daß die Arbeiter niemals auf eine solche „Parität“ eingehen könnten. Das ist hyperparitätisch, das ist die Neutralität der preussischen Regierung, die russische Flüchtlinge belästigt nicht ausweist, sondern sie „nur“ bis an die russische Grenze bringt, wo sie in die Arme der russischen Gendarmen fallen müssen. Das ist Parität etwa nach dem Grundsatz: Mag die Welt zugrunde gehen, wenn nur die Gerechtigkeit gerettet ist. Die Unternehmer haben dann nicht mehr nötig, schwarze Listen zu führen, diese Bemühung nimmt ihnen der öffentliche Arbeitsnachweis ab. Auf diese Weise wird die Parität zu einer Art Fetisch, dem schließlich auch die Wohlhabenden tausender von Arbeitern geopfert werden muß. Die Herren vergessen dabei ganz, daß eine wirkliche Parität schon auf der untersten Basis fehlt. Der einzelne Unternehmer hat ungleich viel mehr wirtschaftliche Macht, als der einzelne Arbeiter. Diese können erst durch die Organisation, oft auch nur ungenügend, dem Einfluß des einen Unternehmers ein Gegengewicht bieten. Schließen sich die Unternehmer zu einer Organisation zusammen, so haben sie wieder einen bedeutenden Vorsprung vor den Arbeitern. Die automatische Anwendung der Parität ist darum nicht ohne weiteres anwendbar, wenigstens dann nicht, wenn man den Arbeitern als den wirtschaftlich Schwächeren dienen will. Die ganze soziale Gesetzgebung beruht auf dem Gedanken, daß der wirtschaftlich Schwache geschützt werden müsse.

Die paritätisch verwalteten öffentlichen Arbeitsnachweise sind bisher von der organisierten Arbeiterschaft in jeder Weise gestützt und gefördert worden. Sie ist die Trägerin dieser Institutionen gewesen, entzieht sie ihnen ihr Vertrauen, so werden diese Einrichtungen ein erheblich Teil ihrer Bedeutung verlieren. Von den anwesenden Vertretern der Arbeitnehmer wurde denn auch sofort erklärt, daß mit der Durchführung einer solchen Maßregel das Interesse der Arbeiter an den paritätischen Arbeitsnachweisen vorbei sein werde.

Die Organisationsarbeit der Binnen-Schiffer im Winter.

Ein Bootsmann aus Aken sendet uns einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Der Winter, für die Schiffsmannschaften das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit, für die Jugend in der Binnen-schiffahrt die ersehnte Zeit der Freuden und Vergnügungen, steht wieder vor der Tür. Fröhlich in der Hoffnung, im Sommer wenigstens soviel verdienen zu können, um durch den nächsten Winter zu kommen, suchen wir unsere immer ungestlicher werdenden Arbeitsstätten wieder auf. Und wie stehen wir heute vor Beginn des Winters? Nur ein Teil der Schiffleute hat einen tausenden Verdienst in den Sommermonaten gehabt, wenige sind von der Arbeitslosigkeit verschont geblieben. Zwei- ja dreimal wurden wir im Sommer vom unbarmherzigen Unternehmertum entlassen, unbekümmert, ob wir dort, wo wir Familie haben, auch Verdienst finden. Gezwungen, Arbeitsstätten aufzusuchen, wo wir unsere Verbandszugehörigkeit verzeuigen müssen, will man uns auch noch als Lohnbrücker gebrauchen, so miserabel die Verhältnisse, so niedrig die Löhne in den Schifferorten an und für sich schon sind.

Widerstrebt es nun einem organisierten Bootsmann, sich an Land als Lohnbrücker gebrauchen zu lassen, so steht er sich gezwungen, in seinem Beruf wieder nach Arbeit zu suchen, trotzdem die B. G. G. den Leuten das Reisegeld von und nach der Heimat entzogen und die achtjährige Kündigung in eine 24-tägige verwandelt haben. Die Gesellschaft hat uns weiter an, in Hamburg abwechselnd drei Tage zu arbeiten und drei Tage zu feiern. Wie wir unter diesem Anbieten mit unseren Familien einen ehrbaren, den menschlichen Bedürfnissen entsprechenden Lebenswandel führen und unser Dasein fristen können, dies, Kollegen, müssen wir uns selbst ausklügeln. Die Zustände, wie sie sich im Laufe des Jahres gestaltet, sind einfach unerhörte. Es hat den Anschein, als ob die guten organisierten Bootsmänner ausgemerzt werden sollten. In den verächtlichen Vermittlungswirtschaften wurden minderwertige Leute zusammengeführt, die die Fahrzeuge besetzten. Die Bootsmänner zu Hause konnten warten oder für ihr Geld nach Hamburg fahren. Bei der Vermittlung minderwertiger Leute trugen auch wieder unsere Freunde vom Winter, die Herren von der Wibel, mit ihren Schifferheimen und Arbeitsnachweisen ihr schmutziges Schärlein bei.

Wald ist die Zeit wieder da, wo die Herrn im schwarzen Rock die Schifferorte überschwebmen. In diesen Zeiten schickt man uns die Veräter und Wegweiser. Sie werden uns aufmerksam machen, daß wir auch bei dreitägigen Verdienst in der Woche bei etwas Einschränkung und vor allem bei Günstigkeit einen ehrbaren, den menschlichen Bedürfnissen entsprechenden Lebenswandel führen können. Gerade wir in Aken müssen uns hierbei vergewissern, wie vergangenen Winter her von den Gesellschaften und von dem Bund wasserländischer Arbeitervereine bezahlte Kirchenmann

zu uns kam und unter dem Deckmantel eines christlich-nationalen Schiffervereins für die G. G. G. auf den Himpelstang ging. Jetzt zeigen diese Seelenpfleger ihr wirkliches Gesicht, indem sie der B. G. G. zweifelhaftes Element als Schiffleute vermitteln, während wir arbeitslos zu Hause sitzen. Was die Qualität dieser Nachbootsmänner angeht in puncto Arbeitsleistung, Zuverlässigkeit, Moral und Reinlichkeit, darüber können uns die Kollegen Steuerleute Aufschluß geben. Manche, bisher von reinlichen, gestitteten Bootsmännern bewohnte Kajüte wird in einen Zustand gerieten, wie er auf den Streikbrecher- oder sogenannten Kränenschiffen während der Aussperrung der Schauerleute in Hamburg zu finden war. Mit jenen, aus den Wirtschaften und christlichen Schifferheimen zusammengelegten Bootsmännersegle sollen nun die Steuerleute Schiffahrt betreiben, zur Zufriedenheit der Unternehmer und ihrer Beamten. Die Steuerleute sind in diesem Jahr schwer bestraft für ihren guten Glauben, den sie der Gesellschaft im vergangenen Jahr entgegenbrachten. Wie weit nun unsere Arbeitsverhältnisse durch die minderwertigen Schiffleute verschlechtert werden, das bekommen wir noch zu spüren.

Ein weiteres Beispiel von der Ueberbrückung der sozialen Luft legte wieder ein Mitglied und warmer Befürworter des „christlich-nationalen“ Vereins in Aken ab. Kaum hatte ein Herr Hafendirektor erfahren, daß sich einige „feiner“ Arbeiter im Transportarbeiter-Verband organisiert hatten, da kam der Hafengewaltige und entließ einfach diese Arbeiter. Sie konnten ja sehen, wie sie für sich und ihre Familien weiter Brot finden. Ein wahrhaft christlich-nationaler Gemüt hat dieser Herr Hafendirektor.

Hier kommt das richtige Gesicht dieser Herrn zum Vorschein. Von hier aus ist es auch zu beurteilen, wie töricht und beschämend es für uns ist, mit Unternehmern und deren Vasallen christlich-nationale Schiffer- und Missionseste zu feiern. Betrachtungswürdiger noch sind jene Schmarotzer, jene organisierte Bootsmänner- und Steuerleute, die sich wohl die durch die Organisation erlangenen Vorteile gefallen lassen, dafür aber noch versuchen, die Jugend in der Binnenschiffahrt durch die unnütze Vereinsmeierei auf falsche Wege zu leiten. Wer sich selbst verkauft für Getränke, der soll nicht auch die Jugend mit seiner niedrigen Gesinnung verführen. Auf's tiefste verachten werden wir diese Schmarotzer.

Führen wir uns immer wieder vor Augen, wie unsinnig es ist, im Winter durch die Klimbimvereine unter Leitung jener Schmarotzer durch Umzüge z. einen Beruf zu verherlichen, in dem wir eine Existenzmöglichkeit nicht mehr finden können.

Geben wir dem Bürgertum und seinen einflussreichen Personen deutlich zu verstehen, daß die Verhältnisse auf der Elbe für uns gerade das Gegenteil sind von dem, was vom Bürgertum vermutet und auch gesagt wird. Beweisen wir jenen einflussreichen Persönlichkeiten in Aken, daß sie Unrecht haben, wenn sie bei Beschlußfassung über Notstandsarbeiten im Stadtparlament sagen: „Der Sparsinn der Schiffsmannschaften hat geklitten!“

Im Gegenteil: Der Sparsinn kann gar nicht gepflegt werden, weil unser Verdienst von Jahr zu Jahr geringer geworden ist, weil wir nicht einmal soviel verdienen, menschenwürdig leben zu können.

Wann werden endlich die spaltenlangen Artikel über das nationale Gefühl und die glühende Vaterlandsliebe der schiffahrttreibenden Bevölkerung aus dem Akenen Räseblatt verschwinden? Es ist nicht wahr, wir haben kein nationales Gefühl für ein Vaterland, in dem durch unsinnige Zölle und Steuern und durch brutales Hiniauswerfen aus der Arbeit ganze Volksschichten der langsamen Verelendung überantwortet werden.

Nach wie ist von der Regierung der Versuch gemacht worden, die gänzlich veralteten strompolizeilichen Vorschriften in der Binnenschiffahrt zu ändern. Betreffs der Einführung der Nacht- und Sonntagsruhe ist es (bisher) bei den Erhebungen geblieben. Dafür aber gibt man den Unternehmern das Recht, Gesetze über die Bemannung zu übertreten, wodurch wir Binnenschiffer, — wie uns die Entlassungen befehlen — in unserem sowieso schon niedrigen Verdienst ganz bedeutend geschädigt werden. Geloben wir uns alle, darnach hinzutreten, daß wir in der Binnenschiffahrt für uns wieder erträgliche Verhältnisse schaffen, sei es auf gewerkschaftlichem oder politischem Wege, dann erst ist es Zeit, ein Fest der Verherrlichung zu feiern. Ein Fest, das nur durch uns und aus unserem Klassenbewußtsein heraus gefeiert und mit unserem Zusammengehörigkeitsgefühl geschmückt wird. Dann werden die unorganisierten Schmarotzer mit ihrer weißblauen Kappe allein hinter Mendelson und Comp. herlaufen oder es den „vernünftigen“ Steuerleuten und Schiffseignern überlassen.

Haben wir das Bedürfnis, uns zu vereinigen, so schließen wir uns einem Verein an, aus dessen Vergnügungen und Veranstaltungen immer der Geist unserer Bewegung weht. Das wird der Schifferverein „Vorwärts“ sein. Finden wir uns hier zusammen, ob Steuerleute, Bootsmänner oder Schiffszungen, befehlt von dem Gedanken: „Alles was wir auch tun, es soll uns mit helfen in dem Kampf um unsere Existenz und um bessere Zustände für uns in der Binnenschiffahrt.“ So wie wir im Sommer den Kampf um unsere immer unsicherer werdende Existenz zu führen haben, so führen wir ihn auch im Winter weiter, dann kommen wir auch zu dem Bewußtsein: Nur in der Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation liegt unsere wirtschaftliche, moralische und stilkliche Hebung begründet.

Gewerkschaftliche Rundschau.

17. Französischer Gewerkschaftskongress. Vom 3. bis 8. Oktober tagte in Toulouse der 17. Kongress der französischen Gewerkschaften. Seit dem Kongress von Marseille vor zwei Jahren haben die Gewerkschaften Frankreichs erheblich an Mitgliedern zugenommen und auch innerlich sind die Gewerkschaften erstarkt. Eine genaue Statistik der Mitglieder wird allerdings erst möglich sein, wenn der am 1. Januar 1910 in Kraft getretene Beschluß, wonach die Gewerkschaften ihre Beitragsmarken durch die Konföderation beziehen, zur vollen Geltung kommen wird. Da noch nicht alle Gewerkschaften diesem Beschluß nachgekommen sind, lassen sich nur annähernde Berechnungen aufstellen. Danach zählt die Konföderation etwa 470 000 Mitglieder, was einem Mitgliederzuwachs von etwa 120 000 gegenüber dem Bestande vor zwei Jahren gleichkommt. An erster Stelle stehen die Bauarbeiter mit 100 000 Mitgliedern. Es folgen die Eisenbahner (67 000), die Textilarbeiter (45 000), die Bergarbeiter (40 000), die Metallarbeiter (21 000), die Transportarbeiter (16 000), die Gemeinbediensteten (12 000), die Beleuchtungsarbeiter (11 000), die Buchdrucker (11 000), die ...-arbeiter (11 000), die Handlungsgeschäfte (11 000), die Lederarbeiter (10 000), die Keramarbeiter (6000) und so weiter. Die Zahl der angeschlossenen Syndikate stieg von 2586 auf 3012, die der Verbände ging von 64 auf 57 zurück.

Die Verhandlungen des Kongresses ließen die Mängel der gewerkschaftlichen Organisation Frankreichs so recht in Erscheinung treten, verlor doch der Kongress zwei volle Tage mit der Mandatsprüfung, die dadurch besonders langwierig sich gestaltete, daß jedes Syndikat das Recht auf ein Mandat hat, wovon 1391 Gebrauch gemacht hatten. Außerdem waren 46 Verbandsleitungen und 94 Gewerkschaftsartikelle vertreten. Neben diesem Mangel trat aber auch die andere Eigenschaft der französischen Arbeiter, ihr revolutionäres Klassenbewußtsein in deutliche Erscheinung.

Der Kongress hatte zunächst Stellung zu nehmen zu dem Altersversicherungsgesetz. Dies durchaus mangelhafte Gesetz enthält insofern für die Gewerkschaftsbewegung eine besondere Gefahr, als durch § 19 die Errichtung von Altersversicherungskassen durch die Unternehmer oder durch Unternehmerverbände gestattet. Außerdem stehen die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit dem Kapitalisierungssystem, auf das das Gesetz aufgebaut ist, ablehnend gegenüber und fordern das Verteilungssystem. Ein Teil der Gewerkschaftler vom reformistischen Flügel machte geltend, daß man sich vorläufig mit dem Gesetze begnügen solle, da es doch immerhin ein Anfang sei und sofort in eine Agitation zu seiner Verbesserung eintreten soll. Mit 1049 gegen 251 Stimmen verwarf jedoch der Kongress das Gesetz und forderte die Arbeiter auf, die Beitragszahlung solange zu verweigern, bis das Gesetz umgeändert ist, die Altersgrenze von 65 Jahren herabgesetzt und die Kapitalisierung der Beiträge durch die Verteilung ersetzt ist.

Zu einer einmütigen Klumbgebung kam es bei der Stellungnahme über die gesetzliche Einführung des kollektiven Arbeitsvertrages, des obligatorischen Schiedsgerichts bei Lohnstreitigkeiten und der Handelsfähigkeit der Gewerkschaften, worüber die Regierung Gesetzesvorlagen ausgearbeitet hat.

Diese drei „Geschenke“ wurden vom Kongress dankend abgelehnt. Sie enthalten die berühmte „Verbindungspolitik“ des Herrn Briand, des ehemaligen Generalkonföderations- und revolutionären Sozialisten, der als Regierungschef einer radikalen Mehrheit reaktionäre Politik treibt. Mit 1229 gegen 11 Stimmen erklärte der Kongress, „daß die kollektiven Arbeitsverträge die Resultate der von der Arbeiterklasse geführten Kämpfe sind“, vorübergehende Stabilitäts- und Sicherheitsgarantien bringen können, wenn „die Lohnarbeiter durch die Kraft ihrer Organisationen ... die Ueberwachung bei ihrer Durchführung ausüben“. Der Kongress empfahl deshalb, solche Verträge abzuschließen, „unabhängig von jeder neuen gesetzlichen Bestimmung, die die Beschränkungen konstituieren würde“ und verwirft aus diesen Gründen das Projekt. Weiter lehnte der Kongress jedes Gesetz ab, das das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren enthält, sowie die Handelsfähigkeit der Gewerkschaften, weil die Gewerkschaften „zum Zweck haben, zunächst die Ausbeutung der Arbeiter zu bekämpfen“ und sich vor allem mit der Erhöhung der Löhne, der Hygiene der Werkstätten, der Einschränkung der Arbeitszeit ... zu befassen und ... die Arbeiterklasse nach einem besseren Gesellschaftszustand zu orientieren haben.“

In Erwägung, daß die Genossenschaftlichen vollkommen geeignet sind, um die ihnen notwendiger Handelsoperationen vorzunehmen, verwirft der Kongress die Zivill- und Handelsfähigkeit der Gewerkschaften.“ Mit dieser einmütigen Ablehnung dürften die überschaunen Projekte des Ministeriums ausgelebt haben. Bei dem Punkte Arbeitszeitverkürzung wurde eine grundlegende Revision des utopischen Standpunktes vorgenommen, der den Gewerkschaften teuer zu stehen gekommen ist. Auf dem Gewerkschaftskongress von Bourges, im Jahre 1904, wurde beschlossen, eine Agitation zu entfachen, um vom 1. Mai 1906 ab den Achtstunden-Tag durchzuführen. Es ist bekannt, daß diese Bewegung scheiterte, scheitern mußte, schon weil es an einer starken Gewerkschaftsorganisation fehlte. So hat der Sekretär der Konföderation, sprach es offen aus: „Es handelt sich heute darum, den Beschluß von Bourges zu erneuern, ohne jedoch einen bestimmten Zeitpunkt, noch den Umfang der zu erklämpfenden Arbeitszeitverkürzung festzusetzen.“ In diesem Sinne wurde auch einmütig beschlossen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Syndikate und Gewerkschaftsartikelle aufgefordert werden, genaue Angaben über die Arbeitszeit und die Einhaltung der Sonn-

tagsruhe an die Konföderation einzusenden. Ein erster Schritt zu der sonst seither so geringgeschätzten Statistik.

Dann kam wieder der Antimilitarismus zur Verhandlung, über den auch auf den drei vorhergehenden Kongressen diskutiert worden ist. Mit verstärkter Mehrheit wurde der Beschluß von Marseille aufrecht erhalten und ein Zusatz zur Organisierung der antimilitaristischen Propaganda angenommen. Darin werden die Syndikate aufgefordert, Soldatenklassen einzuführen, die Listen ihrer beim Militär stehenden Mitglieder dem Sekretär der Arbeitsbüros einzusenden, der sie nach Zentren zusammenstellen und den zuständigen Gewerkschaftsartikeln senden soll, die ihrerseits in ständiger Verbindung mit den bezeichneten Soldaten bleiben sollen. Man mag vom gewerkschaftlichen Standpunkt seine Reserven machen, unläugbar ist, daß der Antimilitarismus in Frankreich große Fortschritte macht. Deshalb machte auch die Einladung des Genossen Sassenbach, der als Vertreter der deutschen Generalkommission dem Kongress beiwohnte, eine französische Delegation nach Deutschland zu schicken, einen so tiefen Eindruck. Der Kongress beschloß aus diesem Anlaß, eine Friedensdemokratische Kommission zu machen. Hervorzuheben ist noch ein Beschluß, eine Kommission zur Regelung der Grenzstreitigkeiten der Gewerkschaften und zur Verschmelzung der Berufs- in Zunftverbände einzusetzen. Die Zentralisierung der Gewerkschaften setzt sich also auch in Frankreich durch.

Alles in allem weist der Kongress trotz großer Mängel einen unläugbaren Fortschritt auf.

Aus der Gerichtspraxis.

Unfall bei Abholung von Frachtgütern. (Urteil des Reichsgerichts.) Am 25. Oktober 1906 abends etwa um 6 Uhr begab sich die Klägerin zu der Güterabfertigungsstelle der Eisenbahnstation Z., um einen als Frachtgut für sie eingetroffenen Herd abzuholen. Dabei stürzte sie von der Laderampe des Güterwagens und brach den rechten Unterarm. Mit der Behauptung, daß sie in der Dunkelheit von der unbefeuerten Laderampe abgestürzt sei, forderte sie vom Eisenbahnfiskus Ersatz des ihr durch den Unfall entstandenen Schadens. Die Klage wurde vom Landgericht Oberfeld abgewiesen, vom Oberlandesgericht aber dem Grunde nach für berechtigt erklärt. Die Revision des Eisenbahnfiskus wurde in der Hauptsache zurückgewiesen, jedoch die Ersatzpflicht infolge eigener Fahrlässigkeit des Verletzten auf $\frac{1}{2}$ des entstandenen Schadens beschränkt. Von den allgemein interessierenden Ausführungen des 1. Zivilsenats des Reichsgerichts seien die nachstehenden wiedergegeben:

„Das Oberlandesgericht nimmt aus folgenden Erwägungen an, daß der Fiskus der Klägerin aus dem Frachtvertrage hafte. Die Klägerin habe auf die von der Güterabfertigungsstelle erhaltene Nachricht, daß sie den als Frachtgut für sie eingetroffenen Herd bis 7 Uhr abends abholen könne, den Frachtbrief eingekauft und damit den Anspruch auf Ablieferung des Frachtgutes erworben. Die Eisenbahn, die das Frachtgut an der von ihr dazu bestimmten Stelle, dem Güterschuppen der Bestimmungsstation, zur Abholung bereit hatte und den Empfänger zur Abholung nötige, hafte ihm aus dem Frachtvertrage dafür, daß sich die Zugänge zu dem Güterschuppen während der Geschäftsstunden in verkehrsfähigerem Zustande befänden. Diese Vertragspflicht sei erfüllt, wenn das Frachtgut von der Güterabfertigungsstelle weggeschafft sei. Zur Erfüllung der Pflicht gehöre die ordnungsmäßige Beleuchtung der Laderampe, die dem Publikum als Zugang zum Güterschuppen gedient habe. Der Fiskus hafte für das Verschulden des Güterbodenarbeiters K., der mit der Anzündung der Laternen betraut gewesen sei. Die Revision weist demgegenüber darauf hin, die Eisenbahn habe nicht dafür einzustehen, daß die Klägerin auf der Laderampe habe warten dürfen, bis der zum Wegschaffen des Herdes bestellte Arbeiter angelangt sei. Es kommt jedoch hierbei in Betracht, daß für das Publikum der Weg über die Rampe nach dem Güterschuppen führe, und sich hieraus ein zeitweiliger Aufenthalt auf der Rampe für den Empfänger des Frachtgutes mit Notwendigkeit ergab. Es spricht nichts dafür, daß die Klägerin die ihr an sich zustehende Befugnis zum Verreten der Rampe überschritten habe. Dem Rechte auf Auslieferung des Frachtgutes entspricht die Pflicht der Eisenbahn, am Bestimmungsorte dem Empfänger gegen Bezahlung ihrer durch den Frachtvertrag begründeten Forderungen das Gut auszuliefern. Wenn das Gut, wie im vorliegenden Falle, vom Empfänger abzuladen ist und die Eisenbahn ihm von der Ankunft des Gutes Nachricht zu geben hat, so gehört zur Erfüllung jener die Gewährung eines sicheren Zuganges zu dem Orte, wo die Auslieferung des Gutes erfolgen soll. Insofern besteht zwischen Eisenbahn und Empfänger kraft Gesetzes ein Schuldverhältnis. Die Eisenbahn hat daher ein Verschulden der Personen, deren sie sich zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeit bedient, wenn der Empfänger infolge dieses Verschuldens verletzt wird, in gleichem Umfange zu vertreten, wie eigenes Verschulden, d. h. wie das Verschulden ihrer verfassungsmäßig berufenen Vertreter.“

Insofern konnte also die Revision keinen Erfolg haben. Da jedoch auch Fahrlässigkeit der Verletzten bei der Entstehung des Schadens

mitgewirkt habe, so wurde zu $\frac{1}{2}$ die Klage abgewiesen und eine Ersatzpflicht des Fiskus nur zu $\frac{1}{2}$ festgestellt.

Leipzig. Hat der mitfahrende Fuhrwerksbesitzer die Pflicht, einen Kutscher noch besonders zu überwachen? Jeder Dienstherr ist bekanntlich nach § 831 B. G. B. zum Erfolge des Schadens verpflichtet, den sein Angestellter in Ausführung einer Verrichtung einem Dritten widerrechtlich zufügt. Von dieser Verpflichtung kann der Dienstherr nur der Nachweis befreien, daß er bei der Auswahl seines Angestellten die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beachtet hat. In einem jüngsten Rechtsstreite hatte das Reichsgericht die weitere Frage zu entscheiden, ob einem Fuhrwerksbesitzer darüber hinaus eine besondere Überwachungsspflicht seines Kutschers dann trifft, falls der Besitzer selbst an der Fahrt teilnimmt. Eine ähnliche Pflicht hat bereits die neuere Rechtsprechung in manchen Fällen dem Automobilbesitzer gegenüber seinem Chauffeur auferlegt. Anlaß zu dieser jetzigen Entscheidung bot eine Schadensersatzklage, die der Vater eines sechsjährigen Mädchens M. in Berlin gegen den Kartoffelhändler L. angestrengt hatte, von dessen Fuhrwerk sein Kind so schwer überfahren worden war, daß ihm ein Bein amputiert werden mußte. Beim Spielen auf dem Bürgersteige war das Kind einige Schritte über die Vordschwelle auf die Fahrbahn getreten, als gerade ein Kartoffelwagen des Beklagten angefahren kam, um vor dem Nachbarhause zu halten. Das Mädchen hatte die Zusage des Kutschers, der neben seinem Herrn auf dem Wege sitzend den Wagen lenkte und des Besitzers selbst überhört und war unter das Vorderrad gekommen. Das Landgericht Berlin hatte zwar unterstellt, daß den Fuhrwerksbesitzer kein Verschulden bei der Auswahl seines zuverlässigen Kutschers träfe, hatte jedoch der Klage um deswillen stattgegeben, weil der Besitzer bei der Mitfahrt seinen Kutscher nicht gehörig überwacht habe. Auch das Kammergericht hatte die Verurteilung des Beklagten zurückgewiesen. Es sei zunächst festgestellt, daß der Kutscher schuldhaft fahrlässig gehandelt habe, weil er ruhig weiter gefahren sei, obwohl er gesehen, das Kind habe die warnenden Zurufe überhört. Für dieses Verschulden des Kutschers hafte zwar der Besitzer nicht, da ihn der Nachweis befreie, bei der Auswahl dieses zuverlässigen Angestellten die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet zu haben. Dagegen treffe den Besitzer ein eigenes Verschulden, das ihn nach § 823 B. G. B. zum Erfolge des Schadens verpflichte. Allerdings dürfe dem Geschäftsherrn, der einen zuverlässigen Angestellten bestellt habe, nun nicht auch eine dauernde Verpflichtung deselben auferlegt werden. Eine solche Pflicht trete aber dann ein, wenn der Geschäftsherr wahrnehme oder wahrnehmen mußte, daß der Angestellte schuldhaft handle. In einem solchen Falle dürfe der Geschäftsherr nicht untätig zuschauen und könne sich nicht von der Haftung durch Berufung auf § 831, 2 B. G. B. von einer Ersatzpflicht befreien. Der Kartoffelhändler L. habe in dem Momente, als er gesehen habe, das Kind müsse die von ihm selbst oder von seinem Kutscher zugerufenen Warnungen überhört haben, die Pflicht gehabt, den Wagen anhalten zu lassen. Dadurch, daß L. nicht angehalten habe und seinen Kutscher habe ruhig weiterfahren lassen, habe er die in diesem Momente aufzuerlegenden Pflicht der Überwachung seines Kutschers verletzt und sei deshalb nach § 823 B. G. B. ersatzpflichtig, zumal der Kutscher zu dieser Zeit noch in der Lage gewesen wäre, den Wagen rechtzeitig zum Stillstande zu bringen. Auch das Reichsgericht wies die vom Beklagten eingelegte Revision zurück. Die Feststellungen des Berufungsgerichts seien dahin zu verstehen, daß der Beklagte, der mit auf dem Boche gesessen, die warnenden Zurufe entweder selbst ausgestoßen oder sie gehört und auch erkannt habe, daß sie von dem Kinde nicht wahrgenommen seien. Eine allgemeine Überwachungsspflicht des Fuhrherrn gegenüber seinem Kutscher lasse sich zwar nicht rechtfertigen und sei insbesondere auch vom Reichsgericht nie anerkannt worden, nach Lage des konkreten Falles handle ein mitfahrender Fuhrwerksbesitzer aber dann in eigenem Verschulden, wenn er ein schuldhaftes Handeln des Kutschers selbst erkenne und geschehen lasse, zu einer Zeit, wo es noch verhindert werden könne. (Urteil d. R. G. v. 10. 10. 10.)

Unterliegt die Baderin dem Handelsrecht oder dem Gewerbegeheimnis? Mit dieser Frage hatte sich kürzlich die Strafkammer in Frankfurt a. M. als Berufungsinstanz zu beschäftigen. Der Taschensabrikant C. hat seine Baderinnen an Samstagen noch nach 5 Uhr nachmittags beschäftigt. Das ist in gewerblichen Betrieben, die mindestens 10 Personen beschäftigen, verboten. Herr C. machte vor dem Schöffengericht geltend, die Baderinnen seien kaufmännische Angestellte, sie unterlägen also dem Handelsrecht, nicht dem Gewerbegeheimnis. Die jungen Damen würden im Gegensatz zu den eigentlichen Fabrikarbeiterinnen mit „Fräulein“ angeredet und arbeiteten mit Handlungsgehilfen zusammen in einem Raum, der von dem Arbeitsraum der Fabrikarbeiter durch eine Wand getrennt sei. Das Schöffengericht kam zur Verurteilung. Der Angeklagte habe zugeben müssen, daß die beim Baden beschäftigten Mädchen ohne kaufmännische Vorbildung seien. Zur völligen Fertigstellung des Fabrikates gehöre eben die zum Versand notwendige Verpackung. Erst nach fertiger Verpackung trete das Fabrikat in den kaufmännischen Zweig des Geschäftsbetriebes über. Mit hin seien die Baderinnen gewerbliche Arbeiterinnen. Die Strafe wurde mit Mißsicht darauf, daß der Angeklagte wohl im guten Glauben gehandelt habe, auf 10 Mk. bemessen. Gegen dieses Urteil hat der Staatsanwalt und der Angeklagte Berufung eingelegt. Die Strafkammer erkannte auf Freisprechung.

Aus unserem Beruf.

Automobilfahrer.

Mürnberg-Fürth. In einer öffentlichen sehr gut besuchten Versammlung sprach Landtagsabgeordneter Dr. Süßheim über: „Müchblid und Müchblid in die Berufsverhältnisse.“ Aus den Ausführungen des Referenten ist zu entnehmen, daß die Tätigkeit eines Kraftwagenführers Ähnlichkeit mit der eines Lokomotivführers habe, ja, daß die Anforderungen an die Weitesgegenwart noch eine viel größere sei. Die Meinung des Publikums über die Kraftwagenführer ist sehr verschiedenartig, wie er durch tägliche Erfahrungen bei gerichtlichen Verhandlungen bestätigen kann. Nicht abnend, welche schwere Gefahren für den Chauffeur entstehen bei Zeugenvernehmungen vor Gericht, insolge unzuverlässiger Schätzungen über Fahrtempo, Manöverbefähigung, Schnellfahren usw. sind Kraftwagenführer schon oft zu sehr schweren Strafen verurteilt worden, womit nicht selten auch das Brotloswerden durch Entziehung des Fahrscheines verknüpft ist. In zahlreichen Fällen kann Medner selbst nachweisen, daß nur durch den Schrecken der Passanten oder deren Gleichgültigkeit mancher Unfall zurückzuführen ist, und wäre es einmal zeitgemäß, wenn sich das Publikum mehr und mehr an diesen Verkehr gewöhnen würde, dadurch könnte mancher Unfall vermieden werden. — Daß das Jahr 1910 für die Kraftwagenführer nichts gutes gebracht habe, beweise das neue Reichsgesetz, die beständig neu auftauchenden ortspolizeilichen Vorschriften mit dem sofortigen Inkrafttreten und der Anweisung an die Schulleute zur strengen Durchführung. Der Kraftwagenführer weiß überhaupt nicht mehr, wie er sich durch die Schlingen des Gesetzes hindurchzwängen kann. Gut wäre es, wenn die Schulleute ein Examen ablegen müßten, hier würde sich herausstellen, daß sie oft selbst die Vorschriften nicht kennen. Anzeigen werden aber trotzdem erstattet, und wenn die Schulleute auch nicht recht haben, kostet es ihnen ja nichts. Ganz anders verhält es sich bei Sportsfahrten und Wettrennen; hier getraut sich die Schulmannschaft keine Anzeigen zu machen, obwohl dies doch weit mehr am Platze wäre.

Interessant sei auch ein gerichtliches Urteil von einem Richter in der schwarzen Gegend, der behauptete, das Stranzlicht für Fahrzeuge sei für die jetzige Zeit nicht mehr passend; dies, trotzdem keine Vorschrift besteht, welches Licht angewendet werden muß. Zum Schluß meinte der Referent, daß es gut wäre, wenn die Vertreter im Rathause darauf hinwirken würden, vor Erlass neuer ortspolizeilicher Vorschriften auch die Meinung von sachkundigen Chauffeuren zu hören, damit solche Erlasse auch eine längere Lebensfähigkeit besitzen. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Es fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute im Bürgeraal sehr zahlreich versammelten Chauffeure aus Nürnberg-Fürth sind mit den Ausführungen des Referenten Landtagsabgeordneter Genossen Dr. Süßheim einverstanden. Sie erklären, daß nur durch eine strenge einheitliche Organisation im Deutschen Transportarbeiterverband eine Verbesserung ihrer Lebenslage erfolgen kann. Insbesondere verpflichten sie, in eine tatkräftige Agitation unter den Berufskollegen zum Beitritt für den Verband, sowie zur politischen Partei und Arbeiterpresse einzutreten. Ferner erklären die Chauffeure, Mitglieder der Haftpflichtversicherung werden zu wollen, um gegen die rigorosen Anzeigen der Polizei eine wirksame Vertretung zu haben.“

Weiter sprechen die Versammelten ihr Bedauern über Ausnahmen von Annoncen von privaten Fahr- und Fachschulen in der Arbeiterpresse aus, die nur den Kollegen ihr Geld abnehmen, um ihnen dann mit prima Zeugnissen und wenig Kenntnissen Stellen als Lohndrücker zu verschaffen.“

Sie erwarten von dem Zentralvorstand, daß er Schritte unternimmt, damit baldmöglichst staatliche Fachschulen eingerichtet werden.“

Bierfahrer.

Leipzig. Die Fass- und Flaschenbierarbeiter hielten am Sonntag, den 30. Oktober eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Genosse Wilhelm Blittig einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die jetzige Lage und ihre Ursache hielt. Ueber den zweiten Tagesordnungspunkt, wie stellt sich die Kollegenschaft zur Kündigung des Lohn-tarifs?, sprach Kollege Heber. Aus den gemachten Ausführungen ist folgendes hervorzuheben: Der im Jahre 1908 vereinbarte Lohn-tarif enthält die Bestimmung, daß am 1. Januar 1911 Kündigung für den 1. April erfolgen kann. Aus diesem Grunde habe die Sektionsleitung sowie die Betriebsvertrauensleute zu der Frage Stellung genommen und all-gemein sei die Ansicht vertreten worden, daß aus Rücksicht auf die gestiegenen Lebensmittelpreise eine Kündigung des Vertrages vorgenommen werden müßte. Da aber der Vertrag nicht allein mit unserer Organi-sation vereinbart wurde, so sei es nötig, nicht nur mit den übrigen in Betracht kommenden Gewerkschaften, sondern auch mit dem Kartellanschluß in Verbindung zu treten, um dort die Frage in ein-gehender Weise zu erörtern. In der anschließenden Diskussion war man mit dem Vorgehen der Sektions-leitung und der Vertrauensleute einverstanden. Be-tont wurde, daß die gegenwärtig gezahlten Löhne für Hof- und Kellerarbeiter 24 Mk. pro Woche, wo-von noch die Beiträge zur Kranken- und Invaliden-versicherung in Abzug gebracht werden, vollständig ungenügend sind, um eine Arbeiterfamilie auch nur halbwegs über Wasser zu halten. Das Gleiche trifft auch auf die Löhne der Mitfahrer zu, welche für unbeschränkte Arbeitszeit und den ganzen Tag auf der Straße liegen, nur 27 Mk. wöchentlich erhalten.

So wie hier, liegen die Dinge auch bei den übrigen Berufsgruppen, den Fab- und Flaschenbierfahrern. Deshalb sei es dringend nötig, daß die Verbandsleitung für Vertragskündigung eintreten möchte. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

„Die am 30. Oktober im „Volkshaus“ zu Leipzig tagende Versammlung der Fab- und Flaschenbierarbeiter beauftragt die Verbandsleitung des Transportarbeiter-Verbandes, in Rücksicht auf die gesteigerten Lebensverhältnisse, sich mit den in Betracht kommenden Organisationen sowie mit dem Kartellanschluß zu dem Zweck in Verbindung zu setzen, damit der in den Ringbrauereien bestehende Lohnstarif am 1. Januar 1911 für den kommenden 1. April gekündigt wird. Ferner wird der Verbandsleitung zur Pflicht gemacht, innerhalb vier Wochen eine weitere Versammlung einzuberufen, in welcher das Resultat der gepflogenen Aussprache zur Diskussion zu stellen ist.“

Der Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung im 3. Quartal wurde ebenfalls vom Kollegen Keder erstattet. Eine Diskussion schloß sich an denselben nicht. Vom Kollegen Sängerklaus wurden noch die Differenzen in der Brauerei Bauer zur Sprache gebracht, sowie auf den am 12. November stattfindenden Familienabend und die Lohnbewegung der kinematographenangestellten hingewiesen und dabei betont, daß die Kinos des Herrn Ludwig Wauspöschgen, Hauptstraße und Dresdenerstraße, der Arbeiterschaft ganz besonders zu empfehlen sind, indem dort organisierte Arbeiter keine Beschäftigung finden, auch der eingeführte Lohnstarif von Herrn Ludwig nicht anerkannt wird. Hierauf erfolgte Schluß der sachlich verlaufenen Versammlung.

Hafenarbeiter, Binnenschiffer und Flößer.

Die Arbeitsverhältnisse in der Binnenschifffahrt einst und jetzt. Seitdem die Aktiengesellschaften in der Binnenschifffahrt dominieren, ist das althergebrachte patriarchalische Verhältnis in den Binnenschiffahrtsbetrieben verschwunden, und je größer das Kapital wird, je mehr werden die Wege der Ausbeuter und Ausgebeuteten auseinander gehen. Wenn nun heute in einzelnen Binnengewässern bei den kleinen Schiffseignern noch das alte Verhältnis zum Teil besteht, so ist das darauf zurückzuführen, daß die großen Aktiengesellschaften mit ihren großen Fahrzeugen dort den Privatschiffen nicht so die Frachten drücken können wie auf den breiteren und tieferen Wasserstraßen. Das Bild wird sich aber recht bald ändern. Wir sehen heute schon auf Kanälen und kleinen Stromläufen, wo vor einigen Jahren kein Gesellschaftsfahrzeug zu sehen war, daß jährlich Hunderte ihrer Röhne diese Ströme befahren und an manchen Stellen den kleinen Privatschiffer fast ganz verdrängt haben. Das wird durch den Ausbau der Ströme und Kanäle immer mehr geschehen. Mit allem diesem wird auch bei manchen Privatschiffer das patriarchalische Verhältnis aufhören, denn sobald er verpflichtet ist resp. gezwungen wird, seinen Kahn an die Gesellschaft zu vermieten, wie es heute zum größten Teil auf der Elbe der Fall ist, steht er ja fast im selben Verhältnis zur Gesellschaft, wie der bei ihm beschäftigte Bootsmann zu ihm.

In den Jahren von 1888 bis 1909 waren die größeren Röhne und Dampfer mit vier schiffahrtskundigen Männern bemannt; damals waren die Arbeitskräfte auch nur für das eigene Fahrzeug da. Konnte der Geschäftsgang auch noch so schlecht sein, so dachte man dennoch nicht an Entlassungen, wie es heute der Fall ist. Nur bei ganz niedrigem Wasserstand verwendete man die Bootslente in den größeren Hafenstädten zur Ableichterung gegen eine Auslösung von 1,20 Mk. Ausgenommen war hier von nur die Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft Vereinigter Schiffer in Dresden, die sich schon damals auf Ausbeuten ihrer Schiffsmannschaften verstand. Bei der Gesellschaft „Kette“ oder „Desterreicher“ war es Sitte und Brauch, daß, wenn irgend ein Fahrzeug, Dampfer oder Kahn, entweder auf Anhang oder Ladung warten mußte, mochte es auch am Nachmittag oder zu einer sonstigen Tageszeit sein, daß der Schiffsmann für diese Zeit frei war. In vielen Fällen kamen sogar die Inspektoren und erklärten, für heute ist Feierabend, und somit stand es jedem frei, bis auf denjenigen, der die Wache hatte, an Land zu gehen. Ferner gab man den Schiffen oftmals Gelegenheit, wenn nicht dringende Arbeit vorlag, daß sie Sonntags die Heimat aufsuchen konnten; besonders geschah dies in der Gegend von Magdeburg, wo die größeren Schifferorte liegen. Betrachten wir uns die heutigen Arbeitsmethoden, so finden wir von dem alten System nicht das geringste mehr vor. Wir können hier wohl mit Recht das alte Sprichwort: „Steter Tropfen höhlt den Stein“ zur Anwendung bringen. Der Tropfen der Vereinigten Schiffer hat hier den Stein auch bei den anderen Gesellschaften gehöhlt, auch sie sind deren Beispiele gefolgt. Das alte Verhältnis ist verschwunden und es heißt jetzt von früh 6 bis in die Nacht hinein schuften. Wenn nicht auf dem eigenen Fahrzeuge, so auf anderen. Für Schiffer, die sich unterwegs befinden und mit Schluß der Dunkelheit oder der Nacht eintreffen ist oftmals die Arbeit auf anderen Fahrzeugen für den nächsten Tag bestellt und an ein Ruben oder Instandhalten des eigenen Fahrzeuges wird nur in den seltensten Fällen gedacht. Für letzteres macht man dann schließlich den Steuermann noch verantwortlich, wenn bei der Revision das Fahrzeug die 2. Klasse erhalten sollte. Man nimmt auch nicht allein für die erste Zeit die Schiffsmannschaften in Anspruch, sondern sogar die letzte Stunde, so daß mancher Schiffsmann nicht einmal Zeit hat, sich seine Lebensmittel einzukaufen

und in den meisten Fällen auf den Provianthändler angewiesen ist. Gewiß geben wir zu, daß auch von diesem in einzelnen Fällen ziemlich gute Ware zu beziehen ist, jedoch meistens ist es umgekehrt, ganz besonders im Hamburger Hafen, wo nicht allein die Ware oftmals schlecht und ungenießbar, sondern auch noch 10 pCt. teurer ist, als in den Geschäften. In einzelnen Fällen ist sogar die Entlassung angeordnet worden, wenn sich der Schiffsmann in den letzten Stunden erdreistet hat, mit den Arbeiten aufzuhören, um für die Reise Lebensmittel einzukaufen. Des weiteren wird die Arbeitskraft auf den einzelnen Fahrzeugen mehr denn je durch die Herabminderung der Besatzung in Anspruch genommen. Obgleich der Lohngehalt seit zwanzig Jahren auf das Doppelte gestiegen ist, wurde die Besatzung um eine Kraft reduziert. Vielleicht ist es das soziale Verständnis der Arbeitgeber im Binnenschiffahrtsgewerbe oder der Strompolizeibehörde, das solche Zustände herbeiführt. Dann noch die Behandlung im einzelnen. In der letzten Zeit wurde bei einer Gesellschaft festgestellt, daß man noch mit Prügelstrafen vorgeht. Es wäre wirklich an der Zeit, wenn diejenigen, welchen die Prügel verabsolgt sind, sich eines anderen besinnen möchten. Wir dann können die Zustände andere werden. Es gibt nur eine Parole, die wir den Schiffsmannschaften aller Chargen immer wieder zurufen müssen: „Stärkt die Organisation und kämpft für Recht und Freiheit!“

Aus der Flößerei des Mehedistrikts. Wohl nirgendwo ist die Plebejensuchterei bei den Unternehmern so sehr zur Methode geworden, wie bei den Flößereiunternehmungen des Warthe- und Mehedistrikts. Die Dinge mochten nach so klar und einfach liegen, konnte auch ein Blinder mit dem Krückstock fühlen, daß die Arbeiter mit ihrer Lohnforderung im Recht waren; es nützt nichts, die Firmen zwaden bald hier, bald da von den sauer verdienten Groschen noch etwas ab. Für die Arbeiter blieb der Klageweg. Aber da liegt der Hase im Pfeffer. Die Unternehmer wissen ganz genau, daß die Organisation der Flößer der unterminierenden Wirkung der Krise nicht standgehalten hätte. Die meisten Flößer konnten auf Rechtsschutz durch die Organisation nicht rechnen und darauf bauten die Unternehmer ihren Plan. Auf eigene Gefahr und Rechnung klagt nämlich ein Flößer so leicht nicht.

Nun hat aber allmählich die Organisation wieder festen Fuß gefaßt und die gerichtlichen Klagen mehrten sich derart, daß es den Unternehmern schwer wurde, umso mehr, als die meisten Klagen zu ihren Ungunsten verfielen. Jetzt erinnern sie sich plötzlich des § 13 des Arbeitsvertrages, wonach sämtliche Streitigkeiten, die aus dem Vertrage entstehen, einem Schiedsgericht zur endgültigen Regelung überwiesen werden müssen. Die Sache ist sehr durchsichtig. Wer nämlich vor diesem Schiedsgericht klagen will, muß vorher einen Kostenvorschuß von 60 Mk. an die Schleppschiffahrtsgesellschaft zahlen. Zwar verstößt diese selbstherrliche Bestimmung unseres Erachtens gegen die guten Sitten, aber Sitten sind den Unternehmern heiligt, wenn es sich um den dreimal heiligen Geldsack handelt.

Der Kollege D. erlitt am 15. Oktober 1910 auf der Nege, dicht unterhalb der Wächter Glashütte auf seinem Floß während der Fahrt einen Unfall. Da die Folgen aber nicht schlimm waren, fuhr er weiter. Dicht beim Schleusenhafen, bei Stau 1, kollidierte das Floß dann mit einem Schleppzug, wobei einige Balken vom Doppelverband fortgeschwammen. Bei der Bergung des Holzes kam der Kollege trotz Sporen zu Fall. Dadurch verschlechterte sich sein Zustand dermaßen, daß er das Schneidemüller Krankenhaus aufsuchen, wo er einige Wochen verbleiben mußte. Nach seiner Genesung schrieb er sofort an den Floßmeister Schumann und ersuchte um Auszahlung des Restlohnes. Dieser wurde verweigert. Da D. organisiert ist, nahm unser Bevollmächtigter die Angelegenheit in die Hand. Während die Firma überhaupt keine Antwort gab — stolz lieb ich den Spanier, wenn er auch nur Flößerausbeuter ist — war der Floßmeister der Meinung, daß dem Kollegen D. Wächter und nicht Driefener Lohn zukomme. D. klagte nun vor dem Amtsgericht in Bromberg und später vor dem Landgericht. Aber beide Gerichte ließen den Einspruch der belangten Firma J. Wegener aus Schultz gelten, wonach diese Streitigkeiten vor das im Lohnstarif vorgesehene Schiedsgericht gehören. D. ließ nicht locker und der Erfolg vor dem Schiedsgericht gab ihm Recht. Das Schiedsgericht bestand aus den Herren Karl Glanz-Deutsch-Fordon und Otto Müller-Bromberg als Vertreter der Unternehmer, während Bernide und Friedrich Brauer I als Vertreter der Arbeiter antwesend waren. Als Obmann fungierte der Handelskammerpräsident Dr. M. Randt. Der Beklagte wurde verurteilt, dem Kläger 16.—Mk. Lohn zu zahlen und muß außerdem die Kosten in der Höhe von 69.—Mk. tragen. Weitere Prozesse stehen bevor. Wir wünschen, daß sie alle so günstig für unsere Kollegen verlaufen, wie dieser. So werden auch die uns noch fernstehenden Kollegen sehen, daß die Organisation in allen Lebenslagen unentbehrlich ist.

Kohlenarbeiter in Hamburg-Altona. Einen Tarifabschluß auf 3 Jahre haben die Kohlenarbeiter der Kohlenimportfirma L. Pöschel u. Co. gemacht. Die Arbeitszeit ist von 6 bis 6 Uhr mit einer halbstündigen Frühstückspause und einer einhalbstündigen Mittagspause. Der Lohn für Auftragen aus der Schute auf Lager, der bisher 1,90 Mk. betrug, ist auf 2 Mk. pro Last erhöht. Ganz neu ist eingefügt, daß für den vierten Sach die Last mit 2,40 Mk. bezahlt wird. Gleichzeitig neu ist, daß den Wagen für geleistete Montorarbeit 60 Pfg. die Stunde vergütet wird. Für das Einmessen wurde früher pro Last 60 Pfg., jetzt 65 Pfg., und für Sieben 48 Pfg., jetzt 53 Pfg. pro

Last bezahlt. Abladen von Bricketts wird für 10 000 kg 12 Mk. entrichtet. Neu hinzugekommen ist, daß für Abladen von Koks, Zunder und Kohlen vom Wagen pro Doppelhokoliter 4 Pfg., und für das Abtragen 5 Pfg. vergütet wird. Die Arbeiter erhalten nur für tatsächlich geleistete Arbeit bezahlt. Für Altona sind ganz neue Sätze geschaffen worden, und es wird für Auftragen aus der Schute und umgekehrt für das erste Drittel 1,50 Mk. und für den Rest 1,70 Mk. pro Last bezahlt. Für Einschaueln in Lugs pro Ton 40 Pfg., Einladen der Schiffe pro Ton 20 Pfg. und für das Verholen des Schiffes oder Dampfers wird 3 Mk. entrichtet. Nach 12 Uhr nachts ist eine Entschädigung von 2 Mk. zu zahlen. Dieser Tarif gilt vom 15. Oktober 1910 bis 30. Juni 1913. — Einen recht günstigen Tarifabschluß haben die Kohlenarbeiter der Firma F. C. Rosenberg am Lager Gertigstraße 18 erreicht. Sie arbeiten in einem elektrisch betriebenen Kohlenheber und erhielten bisher pro Stunde 60 Pfg. bezahlt. Jetzt ist als Lohn für das Einschaueln und für den Bindenführer für große Kohlen und Kokes pro Doppelhokoliter 5 1/2 Pfg. und für alle übrigen Sorten Kohlen 4 1/2 Pfg. pro Doppelhokoliter zugesichert worden. Soll der Ausschütter verlegt werden, so ist dieses von der Firma zu erfolgen und auch zu bezahlen. Dieser Tarif trat am 13. Oktober in Kraft und endet mit dem 30. Juni 1913, wenn nicht sechs Wochen vorher von einer Seite eine Kündigung erfolgt.

Der Hafenbetriebsverein als Streikbrecherlieferant. Auf dem Kohlenlager der Kohlenimportfirma Sauber Gebrüder in der Osterbeckstraße haben die dort im Afford beschäftigten Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil die Firma die bisher bezahlten Affordlöhne nicht weiter bezahlen will. Sie hat sich darauf berufen, daß bei der Firma Rosenberg niedrigere Löhne bezahlt werden und nach diesem Tarif will sie auch bezahlen. Die Firma Sauber hat sich nun an den Hafenbetriebsverein gewendet und sind auch bereits vom Arbeitsnachweis am Baumwall Schauerleute nach dem Platz vermittelt worden. Es ist nun von der Ortsverwaltung des Deutschen Transportarbeiterverbandes über den Betrieb die Sperre verhängt, flehe die heutige Anzeige. Kein Arbeiter darf in diesem Betrieb die Affordarbeit für das Kohlenlager Osterbeckstraße eher aufnehmen, als bis die Arbeitsverhältnisse von der Organisation als geregelt gemeldet werden.

Wie es gemacht werden muß haben die Gewaltigen des Norddeutschen Lloyd dem Hafenbetriebsverein in Hamburg gezeigt. In den Unterwerferorten gibt es drei gelbe Vereinen seemannischer Arbeiter. Die dem Bäckerbündel hat nun der Lloyd eine Lohnerhöhung bewilligt. Darob natürlich großer Jubel in allen arbeiterfeindlichen Blättern. Der „schlaue“ Streich des Lloyd „beweist“ nach der gelben und der Unternehmerpresse, daß der „sozialdemokratische“ Verband überflüssig ist. Der Lloyd wird in allen Tonarten als „Lieberwinder“ des sozialdemokratischen Verbandes angehuldelt. Wenn es dem Hafenbetriebsverein nach diesen Vorbeeren gelüftet, dann wird er der gelben „Wirtschaftlichen Vereinigung“ auch „freiwillig“ etwas zulegen. Wer dann behauptet, daß diese „Freiwilligkeit“ nur der Angst vor dem „sozialdemokratischen“ Verband entspringt, ist natürlich ein Verleumder. Oder sind unsere Kollegen darüber anderer Meinung?

Nebenbei gesagt, hat man noch nirgends etwas über die Höhe der „freiwilligen“ Zulage gehört, die die Armen im Geiste ganz aus dem Häuschen bringt.

Hamburg. Branche Paiarbeiter. Versammlung am 23. Oktober. Pingel gibt einen kurzen Bericht über die Agitation innerhalb unserer Branche. Es haben 5 Betriebs- und 3 Mittglieberversammlungen stattgefunden. Die Versammlungen waren überall nur mäßig besucht. Vertreter der Baufondsmarken à 50 Pfg. hat die Generalversammlung beschlossen, daß für das zweite Halbjahr zwei Marken zu entnehmen sind. Den Kartellbericht gibt Pingel. Derselben ist zu entnehmen, daß das Hamburger Gewerkschaftskartell am 17. Oktober einen Boykott über zirka 30 Cafés verhängt hat, weil die Cafetiers den kostenlosen Arbeitsnachweis der Kellner nicht anerkennen wollen. Ferner wollen die Cafetiers die Kellner in den nächsten sechs Monaten nicht mehr beschäftigen und dann auch nur, wenn sie dem Verein nicht mehr angehören. Ueber das Obmannersystem berichtet Köbster. Keder ist der Ansicht, daß die Obleute nicht immer ihre Pflicht erfüllt haben. Es wäre jetzt doch endlich an der Zeit, die Mangelhaftigkeit und Gleichmütigkeit zu beseitigen. Zu bedauern sei es, daß einige Schnuppen ohne Obmänner sind. Das muß unbedingt nachgeholt werden. An der Diskussion beteiligten sich erfreulicherweise recht viele Kollegen vom Staatsrat. Es wurde besonders auf die jüngeren Kollegen hingewiesen, die in letzter Zeit glauben, sich an der Agitation nicht beteiligen zu brauchen. S. stellt den Antrag, eine öffentliche Versammlung für die Paiarbeiter einzuberufen; auch müsse dem Staats- und Gemeindegewerkschaftsverband gesagt werden, daß auch für ihn der Beschluß des Gewerkschaftskartells Gültigkeit habe. Köbster ersucht die Versammlung, den Antrag des Kollegen S. abzulehnen. Der Antrag S. wird schließlich abgelehnt. S. stellt den Antrag, für die Paihilfsarbeiter einen ermäßigten Beitrag bei der Ortsverwaltung zu beantragen, damit auch diesen Kollegen es ermöglicht werde, sich unserer Organisation anschließen zu können. Der Antrag wird von der Leitung dahin beantwortet, daß es wohl nicht angängig sei, hier für eine Branche eine Ausnahme zu erreichen. Köbster wird jedoch beauftragt, der Sektionsleitung den Antrag zu unterbreiten. Dann Schluß der Versammlung.

Niel. In der am 23. Oktober stattgefundenen Sektionsversammlung der Hafenarbeiter hielt Arbeitersekretär Niendorf einen mit lebhaftem Beifall besetzten Vortrag über: „Der gewerbliche Arbeitsvertrag.“ An den Vortrag schloß sich eine rege Dis-

fussion, in der die Fragen der Kollegen befriedigend vom Referenten beantwortet wurden. Dann wurde beschlossen, die Arbeiter auf der kaiserlichen Werft nach folgenden Lohnsätzen zu machen:

- Kohlen- und Landarbeit (kleine Kohlen) pro 1016 kg 75 Pf.
- Abladen derselben vom Wagen pro 1016 kg 40 Pf.
- Kohlen- und Landarbeit (weisse Kohlen) pro 1016 kg 50 Pf.
- Soll ein Stellagemann gestellt werden pro 1016 kg 60 Pf.

Nachdem der Sektionsleiter die Kollegen ermahnt hatte, diesen Beschluß jederzeit hochzuhalten, ferner noch auf das am 19. November stattfindende Stiftungsfest aufmerksam gemacht, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Flensburg. Versammlung der Hafenarbeiter am Sonntag den 23. Oktober. Die Tagesordnung lautete: „Sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Flensburger Hafenarbeiter den jetzigen Verhältnissen entsprechend?“ Das Referat hielt der Ortsangestellte. In seinen Ausführungen legte er klar, wie notwendig es sei, daß auch die Flensburger Hafenarbeiter daran denken müßten, die teuren Zeiten durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder weit zu machen. Vorbedingung sei: Stärkung der Organisation. Nach erfolgter reichhaltiger Diskussion, und nachdem sich Kollegen zur Aufnahme in den Verband gemeldet hatten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Oberschiffer. nur noch kurze Zeit und die diesjährige Schiffsfahrtsperiode ist vorüber und das Schreckgespenst Arbeitslosigkeit steht vor der Thür. Deshalb müssen wir die kurze Zeit noch ausnützen, ein jeder muß sich in den Dienst der Organisation stellen, die Vorbereitung muß mit großem Eifer weitergeführt werden. In allen Umschlagsplätzen müssen die Kollegen es sich zur Pflicht machen, daß das Heer der Unorganisierten immer kleiner wird. Ekelregende Zustände werden von der Regierung gefördert, Verbesserungen der Arbeitsgelegenheit wird scharf entgegengetreten und die vor Felt strahlenden Waffen helfen sichtlich, mit ihrem Spitzspolus den Arbeitern den letzten Rest ihres Gehirns zu verkleistern. Auch für die Schiffer ist gefordert, in einem Arbeiterschiffahrt für die Schiffer das Wort Gottes verständig: Du sollst den Feiertag heiligen. Wenige Schritte weiter steht die erste Kohlenklappe, mit totem Gepolter läuft ein Wagon Kohlen in den Rahn der Waße gibt seinen Segen und verdrückt die Krone auf das jüngste Gesicht. Es gehört schon viel dazu, bei solcher Sonntagschinderlei das Wort Gottes zu verflüchtigen, aber sie arbeiten im Weinberge des Herrn — von Geldsack Gnaden. Wenn einen Sonntag in Cosel nicht gearbeitet wird, so ist das ein Wunder der Neuzeit. Das Schöne ist, daß von dieser Sonntagsarbeit keiner Vorteil haben will; die Gesellschaften lassen arbeiten der Bahn zum Gefallen, und die Bahn läßt arbeiten den Gesellschaften zum Vorteil, schließlich wird nur zum Wohle der Schiffsmannschaft gearbeitet, damit denen der Anfang Montags morgens nicht so schwer fallen soll. Wer da sagt, die Unternehmer hätten kein Herz für ihre lieben Arbeiter der kann nur ein Heber sein. Aber alle diese Mißstände werden auch beseitigt werden, die Saat ist auf einen guten Boden gefallen und wird hoffentlich ihre Früchte tragen, zwar müssen wir noch den größten Kampf gegen die Lethargie unserer Berufscollegen führen. Der Gedanke: Wer Anecht ist, muß Anecht bleiben, will dem Freiheitshauch noch nicht weichen. Die Extrawurst der Unorganisierten besteht gewöhnlich darin, daß sie ein Fahrzeug bekommen, welches nur künstlich über Wasser zu halten ist, aber wie sich ein verfaultes Braud nicht ewig mit Sägespänen über Wasser halten läßt, ebensowenig kann ein Arbeiter dauernd seiner Organisation entzogen werden. Die Verhältnisse werden stärker sein, als die Furcht vor den Kriegervereinen, Paffen und Unternehmern. Wenn die Kämpfe der Arbeiterschaft um Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gegen das Kapital bisher nicht die Augen geöffnet haben, und wer noch nicht zu erkennen vermag, daß den Unternehmern nur durch die Geschlossenheit der Arbeiterschaft etwas abzurufen imstande ist, dem wird die Zeit lehren, wohin er kommt. Darum Kollegen, an die Arbeit, das Steigen unserer Mitgliederzahl ist der beste Beweis, daß es vorwärts geht. In Cosel ist jeden Sonntag Nachmittags Mitgliederversammlung, bei Kaufmann Pape jeden Sonntagabend Sitzung im Bureau. Kollegen, laßt nur bei denen, die uns unterstützen.

Warnung! Ein Revolverheld als Schlingling der B. G. G. Wie bekannt, ist der Rahn Nr. 121 der Vereinigten Elbeschiffahrt-Gesellschaften Aktiengesellschaft, mit einem trauten Anhängen von Mendelsohn besetzt, der seine christliche Nächstenliebe durch Denunziantenwesen bei der Gesellschaft und Revolverdrohungen gegen seine Mitarbeiter zur Geltung bringt. Es ist ein gewisser Schwenzler aus Mühlberg.

Wie üblich, gingen unsere Kollegen an einem Sonntag nach der „Vollhalle“ von Bodendach in Böhmen, welches jedem Schiffer als ein Lokal der freien Gewerkschaften bekannt ist. Unter anderen Kollegen fanden sie auch den Revolverhelden Schwenzler. Da man aber nun annehmen mußte, daß derselbe in der letzten Zeit wohl eines anderen belehrt worden sei und sich der Organisation angeschlossen hätte, frug man ihn nach seiner Verbandszugehörigkeit. Doch weit gefehlt, Statt eine vernünftige Antwort zu geben, zeigte der Held auf seine Waffe hin. Dieses gab unseren Kollegen Veranlassung, den Genannten hinauszuhelfen. Doch die Folgen sollten nicht ausbleiben. Schon am andern Morgen wurden die Kollegen zum Vorstand der B. G. G. berufen und dem Revolverhelden als Missetäter gegenüber-

gestellt. Die Direktion hat dann die Entlassung der beiden Bootleute vom Dampfer „Laube“ verfügt.

Interessant ist bei dieser Sache, daß die Gesellschaft sich das Recht herausnimmt, sich um Privatverhältnisse der Arbeiter zu kümmern, als wenn sie nicht genügend vor ihrer eigenen Türe zu stehen hätte. Unseren Kollegen möchten wir aber hiermit ein Warnungssignal geben, damit sie nicht in die Finger des Revolverhelden geraten. Vielleicht bekommt derselbe von Mendelsohn für seine Heldentaten einen ledernen Orden!

Adressenverzeichnis für die Schiffsleute, welche nach dem Osten kommen resp. hier fahren und hier ihre Aufnahme im Verband bewirken, ihre Beiträge bezahlen, ihre Zeitung resp. Korrespondenz in Empfang nehmen wollen:

- Willy Pauli, Rest., Landsberg a. W., Brückenstraße 7.
- Karl Willing, Grünberg a. W., bei Oberstlo.
- Paul Specht, Posen, Sandstraße 6/8.
- Paul Junge, Rest., Driesen a. Nege, Alte Neubrücke.
- Joseph Schmidt, Hochzeit a. Drage.
- Otto Seiling, Rakel a. Nege, Brückenopf.
- Nicko Rahn, Bromberg, Rinfanterstr. 24.
- Witro, Danzig, Breitgasse 72.
- Gottl. Wochadel, Elbing, Kl. Rosenstr. 4.
- Witro, Königberg, Mühlstr. 24 II.
- Ed. Dobinsky, Stolbec b. Tilsit, Tilsiterstr. 16.
- Franz Krüger, Preußen b. Tilsit.
- Georg Panars, Memel, Daakenstr. 1.

Handelsarbeiter.

Halle a. S. Die vierteljährliche Branchenversammlung der Handelskassensarbeiter war diesmal recht zahlreich besucht. Es wurde das Thema: „Welchen Nutzen schafft der Handelskassensarbeiter seinem Arbeitgeber?“ behandelt. Der Referent hierzu ging auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Kollegen ein und schilberte diese als sehr verbesserungsbedürftig. In der einleitenden Diskussion wurden geradezu beispiellos niedrige Löhne festgestellt, die mehrere hiesige Handelskassensarbeiter zahlen. Die Verhältnisse bei den Firmen Aufbaum, Vär, Adler u. Co., Gebr. Buttermisch, Schilles u. a. wurden besonders beleuchtet. Bei Besprechung der Forderung: Einführung ganztägiger Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, wurde hervorgehoben, daß sich die vorgenannten nationalen Handlungsgehilfen in dieser Frage sehr schlapp benehmen. Die Jubiläumsvorversammlung, die dieselben aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des 8-Uhr-Ladenschlusses abhielten, hätte eher eine Versammlung zugunsten der Sonntagsruhe sein müssen. Treffend wurde auch angeführt, daß einige sehr christliche Firmen die zurzeit bestehende gesetzliche Sonntagsruhe dadurch zu umgehen suchen, daß sie hinter verschlossenen Türen und Türen weiter arbeiten lassen. Diesen Geschäften soll in Zukunft etwas auf die Finger gesehen eventl. sollen sie der Deffentlichkeit übergeben und zur Anzeige gebracht werden.

In der Frage der Sonntagsruhe wurde noch bemängelt, daß die Sonntagsverkäufe fast durchgängig nur von Arbeiterpublikum gemacht werden. Man möchte in diesem Kreise aber bedenken, daß gerade dadurch die Arbeitszeit der in Handelsgeschäften tätigen Arbeiter verlängert und eine baldige Einführung des ganztägigen Sonntagsladeschlusses hinausgeschoben werde. In dieser Sache soll, um Nachdruck zu erzielen, mit dem Gewerkschaftsartell in Verbindung getreten werden.

Magdeburg. Am 16. Oktober tagte eine Hausdienerversammlung, welche sich mit dem Thema „Die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hausdiener, und wie ist eine Verbesserung möglich?“ beschäftigte. Der Bevollmächtigte zeigte an zahlreichen Beispielen, wie durch die Entwicklung im Handelsgewerbe das alte patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber verschwunden, an dessen Stelle aber ein Arbeitsverhältnis getreten sei, welches sich von dem der Industriearbeiter nicht mehr unterscheiden lasse. Mit der Entwicklung des Handelsgewerbes und den erzielten Preisüberhöhen hätten über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hausdiener nicht Schritt gehalten. Trotz der Verteuerung der Lebensmittel, Erhöhung der Wohnungsmieten usw. und die Löhne der Hausdiener fast die gleichen wie früher geblieben. Eine Anzahl Firmen wurde bekannt gegeben, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hausdiener jeder Beschreibung spotten. Auch die Behandlung der Hausdiener durch einige Borgesetzte läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die Sonntagsruhe, der Achtelabendurlaub, welche zum Schutze der Hausdiener eingeführt wurden, werden einfach von einigen Handesherrn nicht beachtet. Hinter helleleuchteten Scheinwerfern und bei verschlossenen Türen werden die Hausdiener und auch die Handlungsgehilfen und -gehilfinen sehr oft weiterbeschäftigt. Wer sich dagegen auflehnt, erhält zur Antwort: „Wenn es Ihnen bei mir nicht mehr paßt, gehen Sie wo anders hin.“ Mißstände über Mißstände bestehen; diese können aber nur beseitigt werden, wenn alle Magdeburger Hausdiener der Sektion der Hausdiener, welche dem Deutschen Transportarbeiterverband angeschlossen ist, beitreten. In die Ausführungen des Referenten schloß sich eine sehr lebhaftes Debatte, aus der hervorging, daß auch die Magdeburger Hausdiener Schulter an Schulter mit den freigeorganierten Arbeitern kämpfen wollen; um eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Ferner erhob die Versammlung Protest gegen die vom Polizeipräsidenten festgesetzten Gebühren für Stellenermittlung. Bedauert wurde, daß jetzt Festsetzung dieser Gebühren nicht auch Hausdiener zur Beratung hinzugezogen seien.

Peine. Solidarisch erklärten sich die Tischler der Sonnenbergischen Tischlerei mit dem einen dort beschäftigten Packer, unsern Kollegen Duwe, als dieser auf rigorose Weise auf Pfaster gesetzt wurde, weil er, wie die ihm ausgehändigte Arbeitsordnung vorseht, erst um 8 Uhr am Montagmorgen zur Arbeit erschien. Sonnenberg entließ diesen sofort nach Eintritt der Arbeit am fraglichen Tage, mit dem Bemerkten, daß er zu spät zur Arbeit gekommen sei. Auf unsere Veranlassung wurden die sämtlich organisierten Tischler bei Sonnenberg durch eine Abordnung vorstellig, mit dem Ersuchen, daß D. wieder eingestellt werde. Sonnenberg mußte anerkennen, daß auch für D. die Arbeitsordnung besteht, zumal sie auch ihm ausgehändig ist; auch hat sich S. insoweit nach ihr gerichtet, als für D. bei nicht Anerkennen der Arbeitsordnung doch 14 Tage Kündigung bestehen und S. ihn trotzdem sofort entließ. — Wäre Duwe nicht organisiert gewesen, feiner hätte sich seiner angenommen. Mögen sich die Kollegen dieses merken und energisch dafür sorgen, daß der Verband endlich einmal auch in Peine die ihm zustehende Stellung einnimmt, dann kann auch für Besserung der Lage der Transportarbeiter eingetreten werden; Zeit wäre es.

Aus den Jugend-Abteilungen.

Halle a. S. Erfreuliche Fortschritte macht hierorts unsere Jugendbewegung. Während wir bisher jahrelang nur mit 10 bis 20 jugendlichen Mitgliedern rechnen konnten, hat sich im Laufe der letzten Quartale diese Zahl auf 50 bis 60 gehoben. Es herrscht reges Interesse unter den in Frage kommenden Berufskollegen und einige darunter zeichnen sich besonders aus. Die Notwendigkeit zur Organisation liegt allerdings auch hier längst vor, denn die jungen Kollegen, welche da als Laufburschen in Handelsgeschäften, als Messengerknaben, als Brod- oder Milch-austräger, oder als sonst etwas beschäftigt sind, werden so schlecht entlohnt, daß es gar nicht möglich wäre, sich über Wasser zu halten, wenn sie nicht bei den Eltern oder bei Bekannten und Verwandten ein billiges Unterkommen hätten. Wenn der Zusammenschluß mit der Zeit ein immer festerer werden wird, dann wird und muß die Organisation versucht, daß hier in bezug auf Lohn usw. etwas besseres geschaffen wird. Erwähnt sei hierbei noch, daß jedes Quartal eine besonders für die Jugend arrangierte Versammlung abgehalten wird. Die letzte dieser Veranstaltungen, in welcher ein Kollege einen Vortrag über Ferdinand Freiligrath hielt, war sozusagen überfüllt und es ist nur zu hoffen, daß auch die folgenden Versammlungen dasselbe Bild zeigen. Leider legen noch manche Eltern in kurzweiliger Weise ihrem Sohne, falls er sich zur Organisation melden will, Steine in den Weg; daß dies zum Teil auch selbst auf gewerkschaftlich und politisch organisierte Eltern zutrifft, ist nur zu bedauern. Zu wünschen wäre hier, daß nicht nur dies verschwindet, sondern daß die betreuenden Eltern als Anreger für ihre heranwachsenden Söhne und Töchter sich zeigen möchten, denn das Sprichwort: „Der Jugend gehört die Zukunft“ hat seine Berechtigung nicht verloren und wird solchen Eltern immer wieder vor Augen geführt werden müssen. Unserer Jugend aber rufen wir zu: „Werbt Kämpfer für die Sache der Arbeiter! Kämpft unter Guregleichen, eure Mühe wird sich lohnen!“

Polizei und Jugend. Die „ruhmvollen Laten“ der Berliner Polizei mehrten sich. Nach den erfolgreichen Schlachten in den Straßen Moabits hat sich ihr Latendrang erheblich gesteigert. Jetzt bedrängt sie ihr Interesse den Jugendorganisationen. Seitdem man begonnen hat, seitens der klassenbewußten Arbeiterschaft, die proletarische Jugend mit modernen Ideen zu erfüllen, sie für unsere Sache zu begeistern, sind all die „Stützen“ der heutigen Gesellschaftsordnung aus dem Häuschen. Die Berliner Polizei löste die Berliner Jugendorganisation auf und ihr Eifer findet bei den Gerichten bereitwilligstes Entgegenkommen. Das preussische Oberverwaltungsgericht bestätigte diese Maßnahmen. Jetzt wird gemeldet, die preussische Regierung habe auf Grund des Erkenntnisses des Oberverwaltungsgerichtes sämtlichen Provinzialbehörden die Aufhebung aller sozialistischen Jugendorganisationen anempfohlen.

Die Behörden stehen in ihrem Kampfe keineswegs allein da. Aus allen arbeitereindlichen Lagern kommen „geeignete Vorschläge“, um dieser „Seuche“ entgegenzutreten. Die Blätter der Scharfmacher heizen seit langem die Behörden auf zum Einschreiten gegen die Jugendorganisationen der Arbeiterschaft. Sie haben nun auch einen Teil ihres Willens erreicht und empfehlen dies Vorgehen auch den anherpreussischen Polizeibehörden zur Nachahmung.

Es muß konstatiert werden, daß die Jugendorganisationen in Wahrheit keine Politik treiben. Sie sind ausschließlich Bildungsinstitute. Was das Aschenbrödel „Volksschule“ den Kindern der Arbeit nicht geboten, soll hier nachgeholt werden. Überdies werden edle Geselligkeit, Wanderungen gepflegt. Dazu kommt der Kampf gegen Alkohol, Schundliteratur, sowie gegen all die verfluchenden Vergnügungen. Der größte Teil der bürgerlichen Presse meint, die Behörden sollen sich ja nicht durch das umgehängte unpolitische Mäntelchen täuschen lassen. In der Jugendorganisation herrscht auch nicht der Geist der Mudelei, sondern der des Fortschritts und der Freiheit. Man will aber die arbeitende Jugend für die politischen Zwecke der bürgerlichen Parteien einfangen. Die Schädigung, die der modernen Jugendbewegung durch die beschränkten Maßnahmen, durch Unternehmervorstellungen zc. zugefügt wird, ist nur vorübergehend. Niemand wird den Bildungsdrang der proletarischen Jugend aufhalten können.

Schaustellergehilfen.

Bremen. Zwei gut besuchte Versammlungen der Schaustellergehilfen wurden aus Anlaß des Bremer Freimarktes am 26. und 29. Oktober abgehalten. Der Gauleiter referierte über: "Wie können die Schaustellergehilfen ihre Lohnverhältnisse günstiger gestalten?" Einleitend wies er darauf hin, daß es das erste Mal sei, daß die Schaustellergehilfen hier in Bremen eine Versammlung hätten. Er zeigte dann an Beispielen aus der Arbeiterbewegung, daß nur die Zentralorganisation in der Lage sei, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Entwicklung zum Kapitalismus sei auch an den Jahrmärktenbeziehern nicht spurlos vorübergegangen. Auch da habe sich der Großbetrieb mit seiner Konzentration großer Kapitale entwickelt und die kleinen Betriebe mühten mehr und mehr weichen. Ihre Besitzer würden selber wieder Gehilfen. Die Schaustellergehilfen hätten bis jetzt noch nichts getan, um ihre Lage zu bessern. Der Grund, daß das noch nicht geschehen sei, liege in dem unfröhlichen Leben. Nirgend habe man Ruhe, es gehe immer von früh bis spät und von einem Ort zum andern. Für die Vorgänge im öffentlichen Leben bliebe da keine Zeit.

Eine Regelung der Arbeitszeit lasse sich sehr gut durchführen, indem die Ueberstunden bezahlt werden müßten. Die Erfahrungen im Fuhrgewerbe zeigten, daß dann die Prinzipale nach Möglichkeit dafür sorgten, daß abends rechtzeitig Schlaf gemacht werde. So würde es auch bei den Schaustellern gehen, es gebe ja in jeder Stadt Arbeitslose genug, die gerne mal ein paar Mark verdienen, die solle man nur heranziehen. Referent wies ferner auf die miserablen Schlafräume hin, sowie auf die Tatsache, daß die Schaustellergehilfen weder dem Unfall- noch dem Krankenversicherungsgesetz unterstehen.

In der nachfolgenden Diskussion kamen in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen wirklich haarsträubende Dinge zutage. Monatslöhne von 10, 12, 20 und 30 Mk. bildeten die Regel, wenige Nutzer wählte die 40 Mk. und darüber erhalten. Die Schlafräume, d. h. die Wohnwagen, — ein Redner nannte sie drastisch "Stinkwagen" — seien die wahren Himmelskammern. Alles werde da hineingestopft, nasse Zeltplane, altes Stroh, Hunde, kurz alles das, wofür kein Extrawagen da sei. In dieser verpesteten Luft müsse man dann schlafen. Ein anderer hatte auf einem Schützenfest durch seine Geistesgegenwart ein großes Brandunglück verhütet, sich selbst dabei aber beide Hände verbrannt.

Der veranstaltende Hurra-Verein, in diesem Falle eine Schützengilde, sah keinen Anlaß, den Wackeren während seiner Krankheit zu unterstützen und so mußte er sich durchhungern. Aus der ausgedehnten Diskussion seien nur einige Fälle vom hiesigen Freimarkt genannt. Da ist die Firma Sander, die mit ihrer neuesten Zugnummer, "Die Goldmenschchen", Furore macht. Aber die Goldmenschchen tragen den Namen Scher zum Lohn: Sie bekommen dafür, daß sie sich den ganzen Körper mit Bronze einschmieren lassen, was nebenbei sehr gesundheitschädlich ist, und dann fast nackt bei der Kälte draußen Parade stehen, ganze 10 Mk. monatlich neben Kost und Logis. Als sich dieser Tage noch ein Mädchen meldete, bot ihr der Unternehmer 2 Mk. täglich — ohne Kost und Logis. — Er meinte: "Sie haben ja nichts zu tun, als wie da zu stehen." Im Müllini-Theater müssen die Leute unter der Bühne schlafen und mittags in der Volkstüche essen. — Bei Dralle schlafen die Angestellten in Hängelkästen unter dem Wagen. Die Firma Hattenhorst, Dampfparaffin, zahlt 2 Mk. täglich. Die Angestellten müssen in Betten schlafen, deren Bezüge bereits mehreren Vorgängern ohne Wechsel gebüht haben. Die Firma Sachs, Göttha, gibt monatlich 25 Mk., außerdem ist die Kost sehr schmal, statt wie es allgemein üblich ist, abends warmes Abendbrot zu geben, speist man die Leute da mit Butterbrot ab. Ein Lebensmittelverkäufer sagte, daß die Würste und Kuchen lebhaft in den Wohnungen hergestellt würden, das sei ekelhaft für das Publikum. Anscheinend als Spitzel, wenigstens wurde das aus der Versammlung heraus behauptet, war der Geschäftsführer der Firma Lambert, Bremen, anwesend. In der Diskussion lobte er seine Firma über das Schellendaus. Warum, so fragte Kollege Tesch ihn sehr richtig, hat dann die Firma den Leuten, bereits ehe sie in Bremen waren, den Versammlungsbesuch verboten und mit sofortiger Entlassung gedroht? Wenn sie keine Kritik zu fürchten habe, dann wäre das Verbot doch sinnlos, abgesehen davon, daß es überhaupt ungesetzlich sei.

Die zweite Versammlung war noch besser besucht als die erste. Referent war der Bevollmächtigte. Er verwies auf die Ausführungen des Referenten in der vorigen Versammlung. Bezüglich der für die Gehilfen bestehenden Zustände glaubt er sagen zu können, daß die Diskussion am Mittwoch gezeigt habe, daß die Verhältnisse noch viel schlechter seien, als sie Tesch geschildert habe. Redner erörtert dann das Wesen der Organisation, vor allem ihre materiellen Vorteile, als da sind: Kranken-, Erwerbslosen-, Maßregelungs-, Streit- und Rechtsunterstützung, ferner den unentgeltlichen Rechtsschutz. Im letzten Jahre gab der Verband 818 446 Mk. für Unterstützungen aus. Der Rechtsschutz sei für die Schaustellergehilfen besonders wichtig, da sie durch ihr Nomadenleben meistens nicht in der Lage seien, Gerichtstermine wahrzunehmen, aber auch die Kosten für einen Rechtsanwalt nicht aufbringen könnten, und so oft genug auf ihr gutes Recht verzichten müßten. Da nun die Verhältnisse so lägen, daß die meisten Gehilfen nie selbständig würden, andererseits aber die Arbeitgeber, wie der Geschäftsführer von Lambert in voriger Versammlung ganz offen gesagt hätte, bemüht wären, billige Arbeitskräfte zu erhalten, so müßten die Angestellten sich selbst helfen, das heiße, sich organisieren. Wie wirksam ein Zu-

sammenschluß sei, habe schon die eine Versammlung und der Zeitungsbericht darüber gezeigt. Verschiedene Firmen hätten doch schon reagiert und wenigstens zu nächst Anlaß genommen, die bei ihnen bestehenden Zustände als vorzüglich hinzustellen; oder der Prinzipal hätte seine Frau angewiesen, die Betten neu zu beziehen und Handtücher zu wechseln. Wenn also solch kleiner Anlaß schon Erfolge zeige, dann sei nicht ein zusehen, warum einige Kollegen meinten, durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß seien die Zustände doch nicht zu bessern. Da speziell die Firma Lambert in der letzten Versammlung durch ihren Geschäftsführer so herausgefordert sei, so habe man sich verbandseitig nach den dort bestehenden Zuständen erkundigt und es habe sich gezeigt, daß sehr vieles verbesserungsbedürftig sei. Die hiesige Ortsverwaltung des Verbandes werde, da Lambert ja meistens in der Nähe Bremens Märkte beziehe, sich noch recht häufig zum Nutzen der Angestellten mit ihm beschäftigen. Vor allen Dingen werde man das Koalitionsrecht der Arbeiter zu schützen wissen. Wenn man mit der Straßenbahn fertig geworden sei, werde man auch wohl noch mit einem Paraffin-Werke fertig. Die Firma Haase habe erklärt, daß sie ihre Angestellten in der Fuhrwerksberufsgenossenschaft sowie in einer Krankenkasse versichert habe; das sei ja sehr anerkennenswert; aber die Arbeiter müßten einen gesetzlichen Zwang für diese Versicherungen verlangen. In der Diskussion wurden von der Firma Lambert, mit der man sich naturgemäß immer wieder beschäftigte, da sie sich als hochherab über alle Mängel hingestellt hatte, recht erbauliche Dinge erzählt. So muß die Firma sich Leute von der Herberge holen, da reisende Gehilfen es bei ihr nicht aushalten. In einigen Orten sei es schon so weit, daß sie auf den Herbergen unter anderem Namen Leute suchen müßten; denn auf den Namen Lambert ginge niemand mit. Die Leute bekämen mittags gepökeltes Pferdefleisch. Butter gäbe es überhaupt nicht, alles werde mit Salz zubereitet, es sei oft vorgekommen, daß die Leute dieses Futter dem Prinzipal in den Wohnwagen geworfen hätten und seien auf und davon gegangen. Ähnliche Zustände herrschten auch in der Verwandtschaft des Herrn Lambert, bei den Firmen Frits Berg und Peter Simons. Die Versammlung ergab, daß noch manches zu beseitigen sei, was aber nur dann möglich ist wenn die Schaustellergehilfen organisiert sind.

In beiden Versammlungen ließen sich 20 Kollegen aufnehmen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

"Die heutige Versammlung der Schaustellergehilfen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammelten verpflichten sich, mit allen Mitteln für bessere Verhältnisse einzutreten und zunächst den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation unter ihren Berufskollegen zu propagieren und die Indifferenzen aufzuklären, damit es möglich wird, mit Hilfe der Organisation der Versicherungsgesetzgebung unterstellt zu werden und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen."

Transportarbeiter.

Ochtersleben a. Bode. Bereits vor 7 Jahren einmal hatten wir bei uns die ersten Anfänge mit der Organisierung auch unserer Berufskollegen gemacht. Leider hatte diese Tätigkeit wenig Erfolg und dieser Erfolg noch weniger Bestand. Jahreslang danach war es dann nicht möglich, auch nur einen einzigen Kollegen für unsere gemeinsame Sache zu gewinnen, bis vor jetzt fast 2 Jahren wenigstens ein paar Mitglieder gewonnen werden konnten. In diesem Jahr nun haben sich die Geschäftsführer der größeren Geschäfte zum Teil organisiert, so daß wir in der Versammlung am 23. Oktober die Gründung einer Verwaltungsstelle vornehmen konnten in der Erwartung, daß sie diesmal von dauerndem Bestand sein wird. Freilich sind nach nicht alle, die es sein könnten, Mitglieder geworden; das wird jedoch hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit eintreten, damit wir dann auch in die Lage kommen, für Löhne zu sorgen, die wenigstens halbwegs den heutigen Lebensbedürfnissen und Lebensmittelpreisen entsprechen. Die Arbeitsverdienste sind in unserer fast industrielosen kleinen Stadt im allgemeinen und für die Angehörigen unseres Berufs im besonderen sehr niedrig, aus diesem Grunde aber auch am ehesten verbesserungsbedürftig. Von selbst kommt das aber nicht und wird das auch nie kommen. Es bedarf dazu der Mittätigkeit aller Kollegen. Wenn wir aber diese haben, muß es und wird es auch gelingen. Deshalb vorwärts zur gemeinsamen Tätigkeit für Freiheit und Brot!

Aus dem Auslande.

Streik im New Yorker Transportgewerbe. "Daily Telegraph" meldet aus New York: In New York allein sind 12 000 Gepäckträger ausständig, gegen die 7000 Schutzleute aufgebieten wurden. Am Montag wurden Arbeitswillige von Streikenden angegriffen; es wurde geschossen. Veritene Polizei ging gegen die Menge vor. Mehrere Bureauangehörige schlossen sich den Ausständigen an. Ganz wie in Preußen! — Der Streik der Frachtfuhrleute hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Die Führer des Streiks drohen mit der Ausdehnung des Ausstandes über das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten. Es kommen 200 000 Rutscher in Betracht. Die Anhäufung der Frachten bei den Exportgesellschaften beeinträchtigt den ganzen Handel.

Allgemeines.

Wedding-Revolution. Vor kurzem stand zu befürchten, daß die Moabiter Vorgänge sich auf dem Wedding wiederholen würden. Das geniale Vorgehen unserer schneidigen Polizei war wenigstens ganz danach angetan. Die Befürchtung hat sich trotz der Hebe der Scherpreise glücklicherweise als hinfällig erwiesen. Zum Zusammenstoß kam es nur am Abend, an dem die fanatisierten Katholiken Verkins irgend einem Heiligen einen Fackelzug brachten. Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften haben mit den Vorgängen auf dem Wedding natürlich nichts gemein.

Verbandskollegen!

In den nächsten Tagen erscheint in unserem Verlage der

Transportarbeiter-Notizkalender.

Preis 50 Pf.

Jeder Verbandskollege sollte sich den Kalender anschaffen, da dieser den Bedürfnissen der Kollegen-schaft angepaßt ist und besonders bei der Agitations- und Organisations-tätigkeit von großem Nutzen sein wird.

Jede Ortsverwaltung nimmt Bestellungen entgegen.

Verlagsanstalt „Courier“
Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.

Mitteilungen des Vorstandes.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 30. Oktober 1910 in Bromberg. Bevollmächtigter: Adolf Walfanz, Schleimstr. 7; Kassierer: H. u. D. Schelder, Bahnhofstr. 75.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Gustav Blacha, Hpt.-Nr. 243 066, eingetreten 17. 3. 1910 in Eisleben und Franz Rudolph, eingetreten 3. Juli 1910 in Saalfeld.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 3, Absatz 7a des Verbandsstatuts nachstehend genannte Mitglieder der Verwaltungsstelle Dresden: August Büttner, Hpt.-Nr. 152 717, Wilhelm Haase, Hpt.-Nr. 152 653, Gregor Klemm, Hpt.-Nr. 152 634, Friedrich Krautschick, Hpt.-Nr. 152 655, Paul Lüthner, Hpt.-Nr. 152 692, Friedrich Attthes, Hpt.-Nr. 152 715, Johann Meißinger, Hpt.-Nr. 152 732, August Petrich, Hpt.-Nr. 150 354, Joh. Poldvack, Hpt.-Nr. 152 694, Clemens Stömer, Hpt.-Nr. 152 748, August Schlachte, Hpt.-Nr. 150 586.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Paffler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Bekanntmachung.

Für unsere Berliner Verwaltung suchen wir vier Beitragskassierer. Bewerber müssen seit mindestens drei Jahren gewerkschaftlich organisiert und auch agitatorisch befähigt sein.

Offerten sind unter Beifügung einer handschriftlichen Schilderung der bisherigen gewerkschaftlichen Tätigkeit resp. über die Aufgaben eines Beitragskassierers bis 1. Dezember an den unterzeichneten Vorstand zu richten.

Meldungen für den Angestellten-Posten in der Sektion Seeleute, Hamburg, ausgeschrieben in der Nr. 44 d. Bl., können bis 15. Dezember d. J. erfolgen.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: O. Schumann.

Bekanntmachung.

Den Bewerbern um die vor einiger Zeit ausgeschriebene Stelle eines Hilfsarbeiters (Packer) für unsere Expedition, zur Kenntnis, daß dieser Posten besetzt ist.

Der Vorstand.

Verantwortl. Redakteur: Carl Lindow, Karlshorst.
Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H.
Druck: Maurer u. Dimnick, Berlin, Adalbertstr. 37.

Ans der Reichsversicherungs-Kommission.

XIII.

Das letzte Buch des Entwurfs, das sechste, ist von besonderer Bedeutung, weil es sich auf das Verfahren zur Geltungmachung der Ansprüche an die Versicherung bezieht.

Die Unfallentschädigung muß spätestens zwei Jahre nach dem Unfall verlangt werden. Eine spätere Anmeldung der Entschädigung ist nur in besonderen Fällen zulässig.

Nach dem geltenden Gesetz ist in Unfallversicherungssachen zunächst ein sogenannter Vorbescheid zu erteilen. Gegen den Vorbescheid kann der Verletzte oder seine Angehörigen Einwendungen machen.

Ganz besonders wurde das Verfahren in Bezug auf die Beibringung der ärztlichen Gutachten geändert. Nach dem geltenden Gesetz ist zunächst der behandelnde Arzt zu hören.

Die Hauptsache ist, daß in Zukunft der Verletzte oder seine Angehörigen vor dem endgültigen Bescheid unter allen Umständen ein ärztliches Gutachten von dem Arzte erlangen können, den sie vorschlagen.

Wenn diejenigen Verhältnisse sich wesentlich geändert haben, die für die Unfallentschädigung maßgebend gewesen sind, dann wird die Entschädigung von neuem festgestellt.

Für die Hinterbliebenenversicherung ist nur die Verbesserung in Bezug auf das ärztliche Gutachten angenommen worden.

Dagegen gelang es den Sozialdemokraten nicht, diese Verbesserung auch für das Verfahren vor den Oberversicherungsämtern und vor dem Reichsversicherungsamt durchzubringen.

Für das Verfahren sowohl vor dem Versicherungsamt als auch vor dem Oberversicherungsamt wurden auf Antrag der Konservativen mehrere Vereinfachungen beschlossen.

Die Oberversicherungsämter haben besondere Vertrauensärzte zu wählen, die den Verhandlungen des Gerichtes beizuhelfen und, soweit es nötig ist, Gutachten abzugeben.

Verhältnis zu den Berufsgenossenschaften und den Versicherungsanstalten stehen und auch nicht von diesen regelmäßig als Gutachter in Anspruch genommen werden dürfen.

Die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1908-09.

Das Kaiserl. Statistische Amt veröffentlicht soeben als Ergänzungsheft zu den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches eine Uebersicht über die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1908-09.

Table with 4 columns: Branch, 1907/08, 1908/09, Dividends 1907/08, Dividends 1908/09. Rows include Land- u. Forstwirtschaft, Bergbau, Metallindustrie, etc.

*) Dividendenkapital und Reserven.

Von der Brüsseler Weltausstellung.

VI.

Die Weltausstellung wäre nicht vollkommen, wenn sie nicht zu all dem Glanz und der großen Pracht auch die Gegenseite der Medaille, das Elend und die ganze Misere der Heimarbeit aufzeigte.

Die bürgerliche Ausstellungsgleitung hat mit Hilfe der Gewerkschaften sich zweifellos bemüht, den hartn. Tatsachen näher zu kommen, sie möglichst ungeschminkt zu zeigen, aber die Wirklichkeit läßt sich eben nicht darstellen.

Die Heimarbeit ausstellung ist in einer gemeinsamen Halle und in vier separierten Häuschen untergebracht. Die einzelnen Häuschen sind im belgischen Dorfstile gehalten und der Wirklichkeit zweifellos möglichst genau nachgebildet.

— also 22,40 Mt. Primitive Heiligenbilder an der Wand sollen die Familie augenscheinlich über dieses furchtbare Elend hinweg trösten.

Im nächsten Häuschen sehen wir Hasenhaarschneider bei ihrer Tätigkeit, Mann, Frau und Kind verdienen zusammen bei wöchentlich 60stündiger Arbeitszeit 42 Frs.

Im dritten Häuschen arbeitet ein Nagelschmied. Seinen Maschinal treibt ein tierischer Motor, ein Hund. Einzelpferd in einen Radkasten muß das Tier durch ständiges Laufen die Maschinerie in Bewegung halten.

In einem anderen Häuschen arbeiten zwei Seiler. Vater und erwachsener Sohn verdienen zusammen bei je 78stündiger Arbeitszeit pro Woche 18-20 Frs.

Gräßliche Zustände herrschen in der berühmten Brüsseler Spitzenindustrie. Die Damen der „guten Gesellschaft“, die als Konsumenten der wertvollen und teuren Spitzen in Betracht kommen, können an den auf den ausgestellten Erzeugnissen angegebenen Löhnen ersehen, wieviel Arbeiterschwweiß an ihrem Schmucke klebt.

Diese Löhne zeigen, wie unendlich groß das Elend der Heimarbeit ist. Aus ihr pressen die Unternehmer ungeheure Profite und deshalb sucht man diese längst überlebte Form industrieller Arbeit künstlich zu konservieren, zu erhalten.

Indes wird auch die Aufzeigung ihres Elends auf der Weltausstellung den geschundenen Heimarbeitern kaum von großem Nutzen sein. Wir glauben nicht, daß die Gesetzgebung daraus ihre Konsequenzen zieht und für gründliche Abhilfe sorgt.

Die günstigsten Ergebnisse in beiden Jahren hat also das Verfeinerungsgewerbe auszuweisen, bei dem übrigens der große Unterschied zwischen dem Prozentsatz des erzielten Gewinnes berechnet, auf das Unternehmungskapital und der Durchschnittsbewertende auffällt. Es erklärt sich dies aus dem Vorhandensein außerordentlich starker Reserven (die dem Unternehmungskapital mit eingerechnet sind), in diesem Gewerbe. An zweiter Stelle steht die chemische Industrie, die allerdings einen erheblichen Rückgang ihrer Gewinne im letzten Jahre zu verzeichnen hatte. Dasselbe trifft auf die gemischten Betriebe, das Metallverarbeitungs-gewerbe, die Holzindustrie zu. Einen Verlust in beiden Berichtsjahren hatten die Aktiengesellschaften in der Tierzucht und Fischerei, in denen allerdings nur ein sehr kleines Aktienkapital (2,7 Millionen Mark) investiert ist. Auch in der Land- und Forstwirtschaft existierten nur zwei Gesellschaften mit zusammen 2,1 Millionen Mk. Aktienkapital im letzten Jahre, so daß also aus der hier zu konstatierenden sehr großen Steigerung des Gesamtgewinnes nicht allzu viel zu folgern ist.

Dasjenige Gewerbe, in dem das weitaus meiste Aktienkapital angelegt ist, ist das Handels-gewerbe, mit 3951 Millionen dividendenberechtigtem Aktienkapital, von dem allein 3577 Millionen auf die großen Banken kommen. In der Industrie der Maschinen und Instrumente sind dann 1414 Millionen, im Verkehrsgewerbe 1080 Millionen (vornehmlich in Klein- und Straßenbahnen), in den gemischten Betrieben des Bergbaues, Hüttenwesens und der Metallindustrie 917 Millionen und im reinen Bergbau 943 Millionen angelegt.

Diese Statistik enthält auch interessante Aufschlüsse über die Zahl der in den einzelnen Berufsgruppen bestehenden Aktiengesellschaften und die Höhe des in ihnen angelegten Kapitals. Insgesamt waren am 30. September 1909 in Deutschland 5222 tätige, d. h. ohne die in Liquidation und Konkurs befindlichen, Aktiengesellschaften, darunter 98 Kommanditgesellschaften auf Aktien vorhanden, in denen insgesamt ein Kapital von 14 737,33 Millionen Mk. angelegt war. Das ist also im Durchschnitt 2 822 162 Mk. pro Gesellschaft. Von dem Kapital waren 14 110,7 Millionen Mark Stammaktien und 626,6 Millionen Mark Vorzugsaktien. Bei der Gründung der Gesellschaften war der Betrag der ausgegebenen Aktien nur 8 976,223 Millionen oder 1 718 924 Mk. pro Gesellschaft. Es hat also nahezu eine Verdoppelung des Aktienkapitals stattgefunden.

In den wichtigsten Industriezweigen finden wir nun folgende Entwicklung des Aktiengesellschaftswesens:

	Zahl der Aktien-gesellsch.	Aktienkapital am 30. September 1909 überhaup. in Mk.	im Durchschn. auf 1 Gesellschaft in Mk.
Bergbau	243	1 275 045 000	4 834 560
darunter Stein- kohlenbergbau	43	421 972 000	9 813 302
Bergbau, Hüttenbetriebe, Metallind., verbunden	40	995 457 000	24 886 425
Industrie der Steine und Erden	360	459 028 000	1 254 175
Metallverarbeitung	160	266 096 000	1 663 100
Maschinenindustrie u. Instrumentenbau	547	1 656 448 000	3 028 241
darunter Elektrizitäts- erzeugung	90	620 438 000	6 993 756
Forstwirtsch. Nebenprod., Leuchtstoffe	159	163 329 000	1 027 226
Textilindustrie	357	621 619 000	1 741 230
Papierindustrie	101	182 684 000	1 808 752
Lederindustrie	63	120 220 000	1 908 254
Nahrungs- u. Genussmittel	936	1 102 948 000	1 178 363
darunter Brauereien	562	649 084 000	1 154 954
Zuckerfabr.	174	170 623 000	980 592
Handels-gewerbe	793	4 549 834 000	5 737 496
darunter Grundstüchshandel	230	537 273 000	2 335 970
Versicherungsgewerbe	133	604 070 000	4 541 880
Verkehrsgewerbe	477	1 528 246 000	3 203 870

Das meiste Aktienkapital, über 1 1/2 Milliarden, ist in der Maschinen- und Instrumentenbau-Industrie angelegt, obwohl hier das auf ein Unternehmen kommende Durchschnittskapital von drei Millionen nicht viel über dem allgemeinen Durchschnitt steht. Die bedeutendsten Unternehmungen dieser Gruppen sind die großen Elektrizitätserzeugungs-werke, die ein Durchschnittskapital von fast 7 Millionen Mk. aufweisen. An zweiter Stelle steht dann das Verkehrsgewerbe mit 1 1/2 Milliarden Aktienkapital. Es kommen hier vor allem die großen Eisenbahn-, Straßenbahn- und Luftschiffahrtsgesellschaften in Betracht. Es folgt sodann der Bergbau mit 1 1/2 Milliarden Gesamt- und fast 5 Millionen Durchschnittskapital (im Steinkohlenbergbau sogar fast 10 Millionen). Die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 1,1 Milliarden Gesamt- und 1 178 363 Millionen Durchschnittskapital, und die gemischten Betriebe des Bergbaues, Hüttenbetriebs- und der Metallindustrie, in deren Riesunternehmungen ein Durchschnittskapital von fast 25 Millionen Mk. angelegt ist. Das kleinste Durchschnittskapital findet sich übrigens im Reinigungsgewerbe; es beträgt dort nur 188 200 Mk.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Am Freitag, den 21. Oktober, fand eine Versammlung der Holzkutcher, Begleiter, Bodenarbeiter und Stallente statt mit der Tagesordnung: „Wie werden die tariflichen Abmachungen im Speditionsgewerbe eingehalten.“ Es wurde festgestellt, daß in den meisten

Betrieben die Arbeitszeit eine zu lange ist und die Spediteure bei den Stunden noch nicht darauf hingewiesen haben, daß die Güter bis 7 Uhr abends zur Abholung fertig sein sollen. Klage wurde darüber geführt, daß Kutcher, welche nach 7 Uhr auf dem Postreite Aufträge erhalten, die tariflichen Ueberstunden in verschiedenen Betrieben nicht bezahlt erhalten. Die Arbeitsordnung und der Dienstvertrag, welche jetzt den Kutchern und Arbeitern zur Unterschrift von verschiedenen Spediteuren vorgelegt worden sind, riefen große Entrüstung unter den Versammelten hervor, da dieselben nur Pflichten, aber keine Rechte der Arbeitnehmer enthalten. Es wurde mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß auf Grund des jetzigen Organisationsverhältnisses sich kein Kollege finden darf, der die Arbeitsordnung unterschreibt, bevor nicht die gesamte Kollegenschaft gehört wurde. Es sei dauernd, daß vor 5 Jahren leider in einigen Betrieben eine ähnliche Arbeitsordnung durch Unterschrift seitens der Kollegen anerkannt worden ist. Weiter wurde Klage darüber geführt, daß jugendliche Mitfahrer, als der tarifmäßige Lohn für dieselben gefordert wurde, einfach entlassen wurden. Trotz des sozialen Empfindens, welches die Herren Spediteure entgegengebracht haben, werden solche Maßregeln vorgenommen. Nicht genug damit, daß ein Spediteur sich äußerte: „der Tarif stehe doch nur auf dem Papier“, so rief die Mehrheit eines anderen Herrn Spediteurs große Entrüstung hervor, indem er sagte: „man hätte es mit einer organisierten Arbeiterbewegung zu tun“. Dies sagte er, weil die Kollegen die Ueberstunden bezahlt haben wollten. Nach Schluß der Diskussion wurde folgender Antrag einstimmig angenommen. In der am Freitag, den 21. Oktober, stattgefundenen stark besuchten Versammlung der Holzkutcher, Begleiter, Bodenarbeiter und Stallente Berlins sind so horrende Mißstände in den Betrieben zur Sprache gebracht worden, daß sich die Versammelten veranlaßt sehen, den Verband zu beauftragen, so bald wie möglich die laut Tarif bestehende Schlichtungskommission einzuberufen, um mit den Vertretern der Arbeitgeber die schlechte Abstellung dieser Mißstände zu beraten, widrigenfalls in einer demnächst stattfindenden Versammlung aller Arbeitnehmer im Speditionsgewerbe zu einer schärferen Maßregel gegriffen werden müßte. Kollegen, es ist wirklich an der Zeit, daß wir in den Speditionsbetrieben Remedur schaffen müssen, darum ist es Pflicht, jeden noch außenstehenden Berufskollegen unserem Verbände zuzuführen.

Charlottenburg. Mitglieder-Versammlung vom 24. Oktober. Kollege Bernhardt gibt zunächst bekannt, daß die „Freie Wildenschaft“ wie alljährlich einen Fortbildungskurs für Arbeiter veranstaltet und ersucht um rege Beteiligung. Der Geschäftsbericht ergibt folgendes Bild: a) Eingänge: Briefe 116, Postkarten 9, Drucksachen 26, Pakete 3, Postanweisungen 4; b) Ausgänge: Briefe 290, Drucksachen 836, Versammlungsanzeigen 13 000, erste Kasse in Voltzelsachen 17, gewerbliche 65, gerichtliche 53, Unfall 48, Invaliden 12, Krankenversicherung 62; c) Versammlungen fanden 7, Sitzungen 125 statt. Ein anderer Kollege schildert das Entwicklungsstadium des monarchischen Systems aus seinen Anfängen heraus und empfiehlt das Studium von Bebel's Buch: „Die Frau“. Nachdem noch einige Verbandsangelegenheiten erledigt und mehrere Kollegen aufgenommen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg. Generalversammlung am Freitag, den 21. Oktober. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäftsbericht vom 3. Quartal; 2. Kassenbericht; 3. Halten wir ein Winterlager an; 4. Verschiedenes. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Köhler, der zunächst konstatierte, daß im Mitgliederbestand der Seeleute ein kleiner Rückgang zu verzeichnen sei. Dieser sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Kollegen wegen der eigenartigen Berufsverhältnisse nicht zur rechten Zeit in den Besitz der seit dem 1. Juli d. J. neu herausgegebenen Verbandsbücher gelangen konnten. Die Kollegen mußten mit den alten Büchern noch in See gehen und konnten sich demzufolge nicht in gewünschter Weise ihre Karten nachsenden lassen. Dadurch ist ein ganz Teil Kollegen mit den Beiträgen in Rückstand geraten, wodurch ein, wenn auch nur scheinbarer Rückgang zu verzeichnen ist. Neuaufnahmen hatten wir im Laufe des 3. Quartals 49 zu verzeichnen. Die Agitation unter den Seeleuten ist am hiesigen Orte sehr schwierig. Die Schiffe verkehren mit vereinzelt Ausnahmen nicht am hiesigen Plage. Die Agitation muß daher auf schriftlichem Wege erfolgen. Diese Art der Agitation ist aber mit großen Schwierigkeiten verbunden. Merken z. B. die Herren Vorgesetzten, daß unter der erhaltenen Post Sachen vom Verbands sind, so wurden diese in den wenigsten Fällen an den Adressaten ausghändig. Mit den Sendungen an Drucksachen ist es noch schlimmer. Festgestellt wurde, daß die Herren Vorgesetzten die Post-sachen vom Konsulat in Empfang nehmen, ohne sie jedoch später den Kollegen zu übergeben. Auf Befragen antwortete in einem Falle der Kapitän: „Er habe die Drucksachen wieder nach Flensburg zurückgeschickt.“ Um die Kollegen einigermaßen auf dem Laufenden zu erhalten, und um eine Agitation überhaupt betreiben zu können, müssen dann lange Briefe geschrieben werden, was andererseits, wenn die Gewissenlosigkeit der Vorgesetzten an Bord nicht so groß wäre, durch Nachsenden von Zeitungen leichter und weniger zeitraubend gemacht werden könnte. Daraus ergibt sich auch, daß im Laufe des letzten Quartals im Durchschnitt 9—10 Briefe geschrieben werden mußten. Prozeßsachen waren im Anfang des 3. Quartals 8 zu verzeichnen. Zwei Sachen haben mittlerweile ihre Erledigung gefunden, während eine Sache, weil ausichtslos, fallen gelassen wurde. Im Laufe des 3. Quartals sind wir auch mit einer Forderung auf Erhöhung des Ueberstundenlohnes um 10 Pf. an die Reeder herangetreten. Ein Erfolg war bisher nicht zu verzeichnen. Die Reeder klagen über schlechte Zeiten.

Daß dies aber nicht der wahre Grund der Ablehnung unserer bescheidenen Forderung ist, beweist die Auslieferung eines hiesigen Reeder, der einem Matrosen auf die Frage, weshalb diese geringe Forderung nicht bewilligt werde, erklärte: „Gewiß würde ich gern 40 Pf. Ueberstundenlohn bewilligen, ich bin aber im Zentralverein deutscher Reeder und der hindert mich daran, diese Forderung zu bewilligen.“ Also wir können schon bewilligen, aber wir dürfen nicht. Der z. B. d. R. erlaubt es nicht. Aus dieser einfachen Tatsache müssen die seemannischen Arbeiter die Lehre ziehen, weit mehr als bisher ihre Organisation auszubauen. Der Referent teilt dann noch mit, daß die Bewegung unter den Hafenarbeitern gute Fortschritte macht. Der Mitgliederbestand betrug im Anfang des 3. Quartals 19 und ist auf 32 am Schluß gestiegen. Auch für diese Gruppe wurde eine Aktion zur Verbesserung des bestehenden Lohn-tarifes eingeleitet. Die hiesige Handelskammer, die in diesem Falle zuständig ist, sah sich jedoch nicht geneigt, auf unsere diesbezügliche Eingabe zu reagieren. Erst als die Kritik in der Presse einsetzte, erzielten wir auf unsere Eingabe eine Antwort, die jedoch absolut nicht befriedigend konnte. Durch ein nochmaliges Schreiben an die Handelskammer, worin wir unsern Standpunkt noch einmal klarlegten, wurde den Hafenarbeitern mitgeteilt, daß entsprechend ihrem Wünsche verfahren sei. Betreffs der Gruppe Transportarbeiter ist zu berichten, daß auch hier ein geringer Fortschritt zu verzeichnen ist. Für diese Gruppe wurde ein Flugblatt herausgegeben und eine Agitation in den Wohnungen der uns noch Fernstehenden vorgenommen. Das Resultat war leider nicht der erwarteten Mühe und Arbeit entsprechend. Die Transportarbeiter müssen zukünftig selbst eine energische Agitation von Mund zu Mund entfalten. Zum Kassenbericht wurde mitgeteilt, daß eine Einnahme von 3942,26 Mk. zu verzeichnen ist. Dem steht eine Ausgabe von 2912,08 Mk. gegenüber. Mithin verbleibt ein Kassenbestand von 1000,18 Mk. Hierauf wurde auf Antrag beschlossen, ein Wintervergnügen abzuhalten. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg I. Oeffentliche Versammlung der Milchhändlergehilfen von Altona, St. Pauli, Elmshüttel und Umgegend am 20. Oktober. Ueber das Thema: „Wollen die im Milchhandel Beschäftigten sich länger als Knecht bezeichnen, behandeln und entlohnen lassen?“ führte ein Kollege folgendes aus: Bereits im Jahre 1906 haben sich die Organisationen eingehend mit der traurigen Lage der Milchhändlergehilfen beschäftigt, aber leider sei damals die Bewegung durch die Gleichgültigkeit der Gehilfen im Sande verlaufen. Redner begründet es, daß durch die unerhörte lange Arbeitszeit den Gehilfen jede Gelegenheit entzogen ist, sich um ihr eigenes Schicksal zu kümmern. Alsdann kam Redner auf die schlechte Entlohnung sowie auf die Arbeitszeit, welche täglich 14 bis 16 Stunden beträgt, zu sprechen. Tag für Tag müssen die Gehilfen für den profitgierigen Milchhändler frönen, einen freien Tag kennen unsere Gehilfen nicht, trotzdem ihnen in der Schule eingeprägt ist: „Sechs Tage sollst du arbeiten und am siebenten ruhen.“ Wer nun glaubt, daß den durch die überaus lange Arbeitszeit abgematteten Gehilfen ein vernünftiges Nubelager gewährt sei, hat nicht mit der Geldgier der Milchhändler gerechnet. Wie feuchte Keller, wo das Wasser von den kalten Wänden herunterläuft, sowie ehemalige Heuböden, welche über den Pferdeställen liegen, bietet man den Gehilfen als Nachlager an. In welchem Rang ein solcher Gehilfe bei dem „Herrn“ steht, das beweist die aus dem Mittelalter stammende Bezeichnung „Knecht“. Durch die in der letzten Zeit einsetzende intensive Agitation der Jugendsektion des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes haben die Herren es mit der Angst bekommen. Täglich liest man in den bürgerlichen Zeitungen: „Gesucht ein Knecht vom Lande.“ Befürchten doch die Herren, daß die Jugendlichen in der Großstadt bereits von dem angeblichen Gift der gewerkschaftlichen Auffklärung angesteckt sind. Der Referent erklärte den Gehilfen, daß es nun an der Zeit wäre, sich zusammenzuschließen zu einer Organisation, welche energisch für die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen eintritt. Vergnügungsvereine sind nicht in der Lage, die unerhörten Mißstände in den Milchbetrieben zu beseitigen. Schon über 100 Gehilfen haben den Weg in die Organisation gefunden. Redner erteilte lebhaften Beifall. In der Diskussion beständige Buch die Ausführungen des Referenten und forderte die Gehilfen auf, sich der Organisation anzugliedern, nur dann könne man zum Ziele gelangen. Thiemann schilderte den Anwesenden die traurige Lage der Barmbecker Gehilfen. Alsdann unterzog er den Elmshütteler Vergnügungsklub einer scharfen Kritik. Habe doch der Vorsitzende des Klubs, welcher doch selber unter den erbärmlichen Zuständen zu leiden habe, versucht, unsere Gehilfen von der Organisation fernzuhalten. Redner ist der Meinung, daß man nun erst recht für Organisation der Milchhändlergehilfen einzutreten hätte. Nachdem verschiedene Gehilfen gesprochen hatten, ihre ganze Kraft einzusetzen für den Ausbau der Organisation, sowie nach einem Hinweis des Referenten, dem vom Gewerkschaftsstellvertreter verhängen Boykott über einzelne Cafés besondere Beachtung zu schenken, wurde die von ca. 80 Gehilfen besuchte Versammlung geschlossen.

Hamburg. Oeffentliche Versammlung aller im Transportgewerbe tätigen Arbeiter am 26. Oktober in Notenburgort. Ueber das Thema: „Was ist die Pflicht aller Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande angesichts der heutigen Verhältnisse?“ referierte einer der Gauleiter. In der Hand vorzüglichsten Materials schilderte der Redner den Gang der kapitalistischen Entwicklung, die Entstehung der Arbeiterverbände und der Unternehmerorganisationen. Nach-

dem er kurz die letzten großen wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit hatte Revue passieren lassen, kam er auf die Verhältnisse im Hamburger Hafen zu sprechen, wobei er die Entstehungsgeschichte des „Hafenbetriebsvereins“, der eine Korporation der Hafengewaltigen ist, besprach. Genannte Vereinigung versucht, ihre Machtbefugnisse auf andere Hafenslände auszudehnen. In der Hand statistischen Materials beweist der Vortragende dann weiter, in welcher gewaltiger Weise das Hamburger Schiffsfahrtsgewerbe sich entwickelt hat. Da ist es kein Wunder, daß Leute, die an der Spitze dieser Unternehmen stehen, sich als ungekrönte Könige fühlen und von einem Hochmutsdünkel erfaßt sind, der alle gesunden Bestrebungen der Arbeiterschaft zu unterdrücken versucht. Auch die Gründung der „Internationalen Shipping Federation“ zeigt, was für Kämpfe den Arbeitern bevorstehen. Die Machtmittel, die dem Gegner zur Verfügung stehen, erkennt man am deutlichsten in dem Vorgehen der Behörden und in der Haltung der gesamten bürgerlichen Presse. Referent zitiert eine Stelle aus dem „Hamburger Fremdenblatt“, wo die Lebenslage eines Beamten mit 1400 Mk. jährlichem Einkommen als eine sehr bedauerliche bezeichnet. Von derselben Stelle werden anlässlich des Werftarbeiterstreiks die Forderungen der Streikenden, deren Durchschnittsverdienst auch nicht über 1400 Mk. hinausgeht, als exorbitant hohe bezeichnet. Die Vorgänge in Moabit lassen erkennen, daß wir immer mehr auf uns angewiesen sind; das zeigen weiter die Bestrebungen der herrschenden Klassen, insofern sie diese Vorgänge als Vorwand benutzen, um Ausnahmegeetze gegen die Arbeiterklasse verhängen zu können. Die Einheitsorganisation, die nun gewaltige Fortschritte macht, scheint im gegnerischen Lager verstimmt zu haben; hat man doch schon Andeutungen gemacht, die darauf hindeuten, daß man den Arbeitern zuvorkommen sollte. Wir haben deshalb auf der Hut zu sein und uns vor Uebergriffen in acht zu nehmen. Nun gilt es vor allem, den Kampf zu führen gegen den Indifferentismus und die Gleichgültigkeit vieler Kollegen, nicht nur Kritik zu üben, sondern mitzuarbeiten an dem Ausbau der Organisation. Der Redner beschäftigt sich sodann mit den verheerendsten Anschuldigungen des vom Arbeitgeber herausgegebenen „Hafenboten“. Es erscheint keine Nummer, in der nicht die ungeheuerlichsten Beschimpfungen der freien Gewerkschaftsführer erfolgen und die Wohlfahrtsrichtungen für gefügige Arbeiter gepriesen werden. Mit einem kräftigen Appell an die Versammelten, recht rege für die Organisation zu arbeiten, schloß der Redner seine trefflichen Ausführungen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 26. Oktober im Lokale des Herrn v. Hoch stattfindende Versammlung nimmt Kenntnis vom Referate und verpflichtet sich, zu jeder Zeit für die Interessen des Transportarbeiterverbandes einzutreten und bei allen Gelegenheiten neue Mitglieder zur Stärkung des Verbandes zuzuführen.“

An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Hr. fordert die Versammelten auf, den streikenden Cafetellnern gegenüber Solidarität zu üben, und ergeht sich dann in Ausführungen über Speditionsbetriebe, wobei er sehr weit ausholt. Er ergänzt noch weiter die trefflichen Ausführungen des Referenten, spricht über den glücklich verlaufenen Streik der Bremer Straßenbahner und schließt mit den Dichtervorten: „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.“ Nachdem der Vorsitzende seine Mißstimmung über die nicht allzugut besuchte Versammlung ausgedrückt hat, findet Schluß der Versammlung statt.

Hannover. Am 18. Oktober fand unsere Generalversammlung statt. Der Genosse Iwan Käß hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Kartelle, Trusts und Syndikate. Sodann erstattete der Geschäftsführer den Geschäfts- und Klassenbericht. Wir entnehmen demselben das Folgende: 134 neue Mitglieder inkl. 5 Uebertritte wurden gewonnen, dem steht jedoch ein Austritt von 119 Mitgliedern gegenüber. Die Fluktuation ist also immer noch sehr groß. In diesem Quartal wurde die Hausagitation in großzähliger Weise und mit gutem Erfolge betrieben. Leider muß hierbei jedoch konstatiert werden, daß sich eine große Zahl von Kolleginnen und Kollegen trotz wiederholter Aufforderung nicht mit an der Agitation beteiligt. Es müßte Aufgabe der gesamten Kollegenschaft sein, sich an der Hausagitation recht rege zu beteiligen, dann würde noch ein weit besseres Resultat in bezug auf Mitgliederzunahme zu erzielen sein. Als erfreulich könnte es bezeichnet werden, daß wegen der am 1. Juli erfolgten Erhöhung der Beiträge von 50 auf 60 Pf. niemand ausgetreten sei. Es beweist dieses, daß die Mitglieder den Wert leistungsfähiger Gewerkschaften erkannt hätten. Erfreulich sei besonders der gegenüber dem Vorjahre gute Markenverkauf, — wurden doch 1728 Beitragsmarken mehr verkauft wie im 3. Quartal 1909. Man könne deshalb wohl annehmen, daß die Krise so gut wie überwunden sei. Ein Schmerzenskind ist auch jetzt noch der Arbeitsnachweis. Eine Aenderung hierin sei nur möglich, wenn jede freierwerbende Stelle sofort im Bureau gemeldet wird, andererseits sei aber auch notwendig, daß sich die Kollegen sofort im Bureau melden, sobald sie arbeitslos werden.

An Lohnbewegungen waren zwei zu verzeichnen. Für die im Lindener Haushaltsverein beschäftigten Kollegen wurde eine Lohnzulage von 1 Mk. p. Woche über die im Tarif festgelegten Mindestlöhne erzielt. Allerdings hat es fast nicht erdenklicher Verhandlungen bedurft, ehe diese Zulage zustande wurde. Ist doch die diesbezügliche Forderung bereits Anfang Januar dem Verein unterbreitet, während die Anerkennung erst Ende September erfolgte. — Ueber die andere Bewegung bei der Firma Legtmeyer ist an dieser Stelle kürzlich berichtet.

Die Einnahmen und Ausgaben schließen mit 5807,97 Mk. ab. 3145,30 Mk. sind an die Hauptkasse abzuführen. Der Klassenbestand erhöhte sich von 256,78 Mk. auf 905,20 Mk. Die Beiträge zum Gewerkschaftshaus kamen sehr schlecht ein. Es muß Ehrenfache der Kollegenschaft sein, umgehend die noch fehlenden Beiträge zu bezahlen. Hierfür wurde dem städtischen Decharge erteilt. — Bei den dann folgenden Wahlen der Delegierten zur Gaukonferenz wurden die Kollegen Topp, Grages und Stegenwalter gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Jauer. In der Versammlung am 23. Oktober wurde der Klassenbericht vom 3. Quartal gegeben und genehmigt. Ein Kollege aus Breslau referierte über die verschiedenen Formen der modernen Arbeiterbewegung; Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften und schilderte eingehend deren Aufgaben und Ziele. Pflicht aller Kollegen ist es stets, die Indifferenten, deren hier noch Übergewicht sind, aufzuklären und sie der Bewegung zuzuführen. Das ist hier am Orte umso notwendiger, als noch 12 bis 13 Mk. Wochenlohn gezahlt wird, womit natürlich niemand auskommen kann. Die Organisation hat also noch viel Arbeit, will sie den Kollegen bessere Arbeitsverhältnisse erkämpfen.

Karlsruhe i. B. Die hiesige Ortsverwaltung hielt am 23. Oktober ihre vierteljährliche, gut besuchte Generalversammlung ab. Dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß das verfloffene Quartal ein ziemlich arbeitsreiches war, daß aber auch recht gute Erfolge erzielt wurden. Zwar versuchten einzelne kleine Meister, wie der Betriebsleiter von der Kohlenfirma Stinnes am Rheinhafen und der Direktor der Wach- und Schlichtgesellschaft, den Fortschritt der Organisation zu hindern, aber natürlich vergeblich. Durch eine Lohnbewegung erzielten die Kohlenarbeiter am Rheinhafen eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes von 42 auf 45, respektive 48 Pf., sowie noch einige andere Verbesserungen. Der Zugang an neuen Mitgliedern betrug 100 männliche und ein weibliches. Besonders gute Fortschritte hat die Sektion Straßenbahner gemacht, während unter den Handelshilfsarbeitern, speziell in den Warenhäusern, noch eine große Laubheit herrscht. In Bezug auf die Tarifstreue der Unternehmer wurde berichtet, daß die Firma Gerhold u. Hüber, frühere Verbandskollegen, nicht daran denken, den abgeschlossenen Vertrag auch einzuhalten, wie es überhaupt keiner der dort beschäftigten Arbeiter für angängig hält, Mitglied im Verband zu sein. Der letzte der organisierten Führer verließ vor etwa acht Wochen den Betrieb, weil er die Behandlung durch Gerhold nicht mehr ertragen konnte. Der Kassierer äußerte sich befriedigend über den Markenabsatz und den Klassenbestand. Die Unterstützungen für Kranke und Arbeitslose betrugen im 3. Quartal 473,88 Mk. Im ganzen Gau wurden im gleichen Zeitraum für Unterstützungen inkl. Streikunterstützung 6022,87 Mk. verausgabt. Der Gauvorstand teilt mit, daß mit einer einzigen Ausnahme (Offenburg) der Verband in allen Verwaltungsstellen Fortschritte gemacht habe, die zum Teil ganz beträchtlich sind. An größeren Bewegungen waren zu verzeichnen, die ohne Streik verlaufene Lohnbewegung der Stuttgarter Transportarbeiter, sowie der zweitägige Streik der Freiburger Möbelpacker und der 10tägige Straßenbahnerstreik in Mühlhausen. Sämtliche Bewegungen wurden mit sehr gutem Erfolg abgeschlossen. Nach einem Vortrag des Gauleiters über die nächsten Aufgaben der Organisation wurde beschlossen, in den Orten Pforz, Ruelingen und Darlan den Agitationsversammlungen abzuhalten. Zur Feier des 15jährigen Bestehens der Verwaltungsstelle soll am 13. November eine kleine Festlichkeit veranstaltet werden.

Köln. Am Montag, den 17. Oktober fand unsere Generalversammlung statt. Nach der Verlesung des Protokolls erstattete der Kassierer den Klassenbericht vom 3. Quartal. Derselbe gestattete sich folgendermaßen:

Einnahmen:		
195	Aufnahmegebühren a 1 Mk.	195,—
15	„ a 50 Pf.	7,50
4532	Wochenbeiträge a 40 Pf.	1812,80
898	„ a 25 Pf.	224,50
224	„ a 20 Pf.	44,80
3467	„ a 50 Pf.	1733,50
4532	örtl. Zuschußbeiträge a 10 Pf.	453,20
3467	„ „ a 10 Pf.	346,70
2879	„ „ a 10 Pf.	287,90
98	Streikbeiträge a 50 Pf.	49,—
174	„ a 30 Pf.	52,20
939	Beiträge zum Baufonds a 10 Pf.	93,90
289	„ a 25 Pf.	72,25
	Zuschuß aus der Hauptkasse	91,27
	Sonstige Einnahmen	281,99
	Summa:	5746,51

Ausgaben:		
	Ortszuschuß zur Krankenunterstützung	2,90
	örtl. Beerdigungsbeihilfe	8,—
	Reisenunterstützung	47,75
	Bewaltungsausgaben:	
a)	persönliche: Gehalt, Entschädigung, Prozente	1180,80
b)	sächliche: Materialien, Miete, Telephon	257,18
	Versammlungen, Annoncen, Referate, Druckfachen	275,37
	Bibliotheksbücher, Zeitschriften	24,09
	Kattell, Sekretariat	590,10
	Porto, Telegramme	60,69
	Sonstige Ausgaben	23,24
	An die Hauptkasse gesandt	3276,39
	Summa:	5746,51

Hauptkasse.		
Einnahme:		
50 pCt.	d. Aufnahmegebühren a 1 Mk.	97,50
100 pCt.	d. „ a 50 Pf.	7,50
75 pCt.	d. Wochenbeiträge a 50 Pf.	1300,12
75 pCt.	d. „ a 40 Pf.	1359,60
75 pCt.	d. „ a 25 Pf.	168,37
75 pCt.	d. „ a 20 Pf.	33,60
	Beiträge zu den Gaukosten	43,25
	Ablieferung zum Baufonds	166,15
	Rechtschutzkosten retour	16,50
	Streifondsbeiträge a 50 Pf.	49,—
66 2/3 pCt.	der Streif.-Beiträge a 30 Pf.	34,80
	Summa:	3276,39

Ausgabe:		
	Hauptkasse erhielt in bar	1050,17
	An bar an den Gauvorstand	500,00
	An Entnahmen für:	
	Arbeitslosenunterstützung	228,50
	Krankenunterstützung	763,20
	Streikunterstützung	593,25
	Ertraunterstützung	40,00
	Beerdigungsbeihilfe	10,00
	Zuschuß aus der Hauptkasse	91,27
	Summa:	3276,39

Mitgliederbewegung:		
	Bestand a. Ende d. 2. Quart. 520 m.	90 w. 1 jgd.
	Im Laufe des Quartals aufgenommen	195 „ 14 „ 1 „
	Uebergetreten	138 „ 1 „ 0 „
	Zusammen:	853 m. 105 w. 2 jgd.
	Im Laufe des Quartals sind ausgeschieden	85 „ 10 „ 0 „
	Bleibt Mitgliederbestand	768 m. 95 w. 2 jgd.

Die Richtigkeit der Abrechnung bestätigen:
Der Kassierer: Gg. Viel.
Die Revisoren:
Frz. Hilben, J. Weiß, M. Fröls.

Der Klassenbericht zeigt davon, daß langsam auch in Köln eine Wendung zum Besseren eintritt. Gegen andere Quartale ist die Zahl der Neuaufnahmen erheblich gestiegen und das Fallen des Zuschusses aus der Hauptkasse läßt erkennen, daß die Zahlstelle Köln immer selbständiger wird. — Vom Geschäftsbericht ist zu bemerken, daß die kürzlich stattgefundenen Lohnbewegung der Hafenarbeiter mit vollem Erfolg erledigt wurde und die Mitgliedschaft anspornen wird, sich auch in der Zukunft die Ausbreitung und Stärkung der Organisation angelegen sein zu lassen. Vetreffs Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern wurde beschlossen, bis zur Neuwahl im Januar die beiden Posten von den vorhandenen Vorstandsmitgliedern zu besetzen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen und erledigt worden waren, wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

Leipzig. Quartalsversammlung am 28. Oktober. Kollege Keder erstattete den Geschäftsbericht. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß das verfloffene Quartal ein recht arbeitsreiches, aber auch ein recht erfolgreiches gewesen ist. Im ganzen wurden 13 Lohnbewegungen — darunter 4 Streiks — geführt. Die Lohnbewegungen verteilten sich auf vierzehn Betriebe. An den Bewegungen waren beteiligt 151 Berufsangehörige. Sämtliche Bewegungen endeten — mit einer einzigen Ausnahme — erfolgreich. Erreicht wurde neben Verkürzung der Arbeitszeit bis zu 18 Stunden wöchentlich, Lohn erhöhungen von 50 Pf. bis zu 5 Mk. pro Woche. Außerdem wurde in zahlreichen Fällen erreicht: Bezahlung der Ueberstunden, Gewährung von Ferien unter Fortzahlung des Lohnes bis zu 14 Tagen, Lohnzuschuß auf die Dauer von 6 Wochen, daß der Betrag des Wochenlohnes erreicht wird, bei militärischen Übungen Ertraentschädigung von 2 und 3 Mk. pro Tag der Uebung, Schaffung von sanitären Einrichtungen, sowie Lieferung von wasserdichten Regenjacken und Schutzlebern. Der geschäftliche Verkehr war ebenfalls ein recht umfangreicher, mußten doch 2537 Ein- und Ausgänge erledigt werden. Abgehalten wurden 13 Mitgliederversammlungen, 109 Betriebsbesprechungen und Sitzungen und 89 öffentliche Versammlungen. In 22 Fällen machten sich persönliche Verhandlungen mit den Unternehmern nötig. Große Anforderungen wurden an die Verbandsfunktionäre durch Abhalten der Nachterversammlungen, welche erst in den Morgenstunden ihr Ende erreichten, gestellt. Die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder ist zurückgegangen. Im 3. Quartal waren 321 Mitglieder 6948 Tage arbeitslos. Stellen wurden 259 gemeldet, von denen 223 durch unsern Arbeitsnachweis besetzt werden konnten. Bei den besetzten Stellen betrug der Durchschnittslohn 24,88 Mk. und die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit 9,2 Stunden. Die Mitgliedschaft hat wiederum eine Zunahme erfahren, sie betrug am 1. Oktober 5955 Mitglieder, darunter 164 weibliche und 130 jugendliche. Seit dem 1. Januar ist ein Gewinn von 743 Verbandsmitgliedern erzielt worden. Nachdem das Andenken der verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt worden war, erstattete der Kassierer den Klassenbericht. Einer Gesamteinnahme von 76 564,75 Mk. steht eine Ausgabe von 37 948,53 Mk. gegenüber, so daß ein Lokalfassenbestand von 38 616 Mark 22 Pf. am 1. Oktober zu verzeichnen war. An Beitragsmarken wurden umgesetzt 78 059 Stück. Sekretariatsbeiträge gingen 5976 ein. Für die verschiedenen Arten der Unterstützungen wurden zusammen 11 121 Mark 75 Pf. verausgabt und der Hauptkasse 26 968 Mark 80 Pf. überwiesen. Im Namen der Revisoren erklärte Kollege Bestner, daß Kasse, Bücher und Belege geprüft und alles in bester Ordnung vorgefunden wurde. Aus diesem Grunde beantragte derselbe, dem Kassierer Decharge zu erteilen, was einstimmig ge-

schah. Der Bericht der Bezirksleitung wurde in eingehender Weise vom Kollegen Loofe erstattet. Die Berichte wurden mit Befriedigung entgegengenommen. Einstimmig wurde beschlossen, beim Vorstande zu beantragen, das Mitglied Karl Ripper-Leipzig, Sophienstraße 36, H. III, wegen Streikbruch aus dem Verbande auszuschließen. Nachdem noch über den Stand der Lohnbewegung der Kinematographenangestellten in ausführlicher Weise berichtet worden war, wurden die Kollegen zur regen Beteiligung an dem am 18. November im „Volkshaus“ stattfindenden Familienabend aufgefordert und hierauf die Versammlung geschlossen.

Viegnitz. Versammlung am 19. Oktober. Unter Gewerkschaftlichem teilte der Vorsitzende die Mißstände in der Landischen Seltfabrik (Alt-Webern) mit. Es wurden zwei Betriebsversammlungen abgehalten betreffs Erhöhung der Löhne. Demnächst wurde eine Kommission gewählt und beschlossen, pro Zentner 2 Pfg. mehr zu fordern. Davon hatte die Fabrikleitung Kenntnis erhalten und entließ am folgenden Tage 4 Kollegen. Zugleich aber erklärten sich 4 Kollegen solidarisch und legten die Arbeit nieder. Der Gauleiter wurde telefonisch gerufen; er erschien und verhandelte mit der Firma. Die Firma versprach eine Zulage von 1 1/2 Pfg. pro Zentner und Einstellung der Kollegen. Zu einem Tarifabschluß ist es leider nicht gekommen. Wie wir später erfuhren, hat die Firma ihr Versprechen nicht gehalten, sie hat nicht einmal die 1 1/2 Pfg. pro Zentner mehr bewilligt, auch die ersten 4 Entlassenen nicht wieder eingestellt. Leider läßt sich in dieser Kampagne nichts mehr tun. Es sind in dem Betriebe 22 Mann außer ein paar Frauen beschäftigt. Wären sie alle gewerkschaftlich organisiert gewesen, dann wären sie sicherlich nicht hinten herunter gerutscht. Wir können den Kollegen nur zurufen: hinein in die Organisation, dann werden auch für Euch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Ferner erinnerte der Vorsitzende wieder an die Protokollbücher vom außerordentlichen Verbandstage in Hamburg. Dieselben sind doch angefertigt und müssen auch verschleift werden. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, sich ein Buch zu kaufen. Der Kassierer gab die Abrechnung der fakultativen Unterstützung und legte jedem Kollegen dringend ans Herz, der Unterstützung beizutreten und schickte, wieviel vorteilhafter diese Unterstützung gegenüber der der Reichsversicherung ist. Ausgenommen wurden 3 Mitglieder. Der Vorsitzende brachte Mißstände auf dem hiesigen Güterboden zur Sprache. Es ist nicht Pflicht der Kollegen Kutscher und Schaffner, die Frachtgüter vom Wagen auf den Güterboden zu bringen oder die abzufahrenden Stücke sich selbst auf dem Güterboden zu suchen. Dadurch werden nur der Bahnverwaltung Dienste geleistet. Die Kutscher usw. haben die Frachten bis auf die Rampe zu bringen resp. von der Rampe zu empfangen. Darauf entspann sich eine rege Debatte und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 19. Oktober 1910 versammelten Kutscher, Schaffner und Haushälter erheben Beschwerde über die Mißstände, welche bei der Güterabfertigung (An- und Ausgabe) bestehen. Durch den Mangel an Güterbodenarbeitern sind die Kutscher, Schaffner und Haushälter gezwungen, ihre Ware bis auf die Wage zu bringen resp. ihre Waren bei der Ausgabe auf dem Güterboden selbst anzuführen. Infolge dieser Zustände sind schon mehrfach Kutscher des Diebstahls beschuldigt worden. Nach den bestehenden Bestimmungen haben die Kutscher usw. ihre Waren nur bis auf die Rampe zu bringen resp. von derselben in Empfang zu nehmen. Wir ersuchen daher die Königl. Eisenbahn-Direktion, Mittel zu ergreifen und diese Mißstände zu beseitigen.“

Nachdem noch einige Angelegenheiten besprochen wurden, trat Schluß ein.

Magdeburg. Am 24. Oktober fand die ordentliche Generalversammlung für das 3. Quartal statt. Den Geschäftsbericht erstattete der Bevollmächtigte. Hatten wir, so führte der Redner aus, am Schlusse des zweiten Quartals die Hoffnung ausgesprochen, daß es uns im dritten Quartal gelingen möchte, größere Vorteile für unsere Kollegen zu erreichen, als es im zweiten Quartal möglich war, so können wir heute berichten, daß uns dies nach allen Richtungen hin gelungen ist. Wohl waren am Anfang des Quartals noch 46 Arbeitslose vorhanden, die aber am Schlusse des Quartals bis auf sieben herabgesunken sind, so daß nach dieser Richtung hin die Verhältnisse als befriedigt bezeichnet werden können. Zur Mitgliederbewegung sei folgendes bemerkt: Beitrag unsere Mitgliederzahl am Schlusse des zweiten Quartals 2651, so kann heute berichtet werden, daß es uns gelungen ist, sie auf 2758 zu steigern, dazu kommen durch Zusammenschluß der Verbände der Hafenarbeiter und Transportarbeiter 177, so daß die Gesamtmitgliederzahl 2935 beträgt. Mit der Mitgliederzahl hat auch die Beitragsleistung gleichen Schritt gehalten. Wir haben in der Berichtszeit 35 838 Wochenbeiträge verkauft, was eine Beitragsleistung von 12,4 pro Mitglied bedeutet. Die geschäftliche Tätigkeit war im dritten Quartal eine sehr umfangreiche; insgesamt wurden in diesem Zeitraum 122 Veranstaltungen getroffen. Sie verteilen sich wie folgt: 1. Generalversammlung, 18 Bezirksversammlungen, 3 Sektionsversammlungen der Fensterputzer, 2 der Hausdiener, 3 öffentliche Brauereiarbeiterversammlungen, 1 der Handelshilfsarbeiter, 4 der Schaustellergehilfen, 96 sonstige Sitzungen und Besprechungen, 1 Sommerfest und 2 Ausflüge. Außerdem gingen 245 Briefe und Karten sowie 4914 Druckfachen aus, eine Tätigkeit, die nur durch intensivste Anstrengung aller Kräfte erledigt werden konnte. Es wurden weiter 35 Eingaben um Lohnhöhungen, darunter 18 Tarifverträge angefertigt. Von den 36 Lohnbewegungen, die wir im 3. Quartal führten, ist nur eine ohne Erfolg geblieben, und zwar die Bewegung im Warenverein.

Redner schildert kurz die Bewegung und das organisationsfeindliche Verhalten der Geschäftsleitung des Warenvereins. Ingesamt gelang es bei den 36 Firmen, die sich auf 12 Branchen verteilen, für 371 Kollegen eine wöchentliche durchschnittliche Lohnzulage von 1 Mark oder 371 Mk. pro Woche oder 19 295 Mk. pro Jahr herauszuholen. Diese 19 300 Mk. Mehrlohn sind aber von den Unternehmern nicht freiwillig gezahlt worden, sondern sie mußten ihnen abgerungen und abgetrotzt werden, und nur der Stärke unserer Organisation ist es zu danken, daß wir diese Erfolge erzielt haben. Die Vorgänge in Moabit, gelegentlich des Streiks bei der Firma Kupfer u. Ko. und in Bremen gelegentlich des Ausstandes der Straßenbahner beweisen uns, daß sich auch im Verkehrsgewerbe die große Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit vorbereitet. Kämpfe, wie die Bauarbeiterausperrung und die angeordnete Metallarbeiterausperrung, werden auch uns nicht erspart bleiben. Darum rastlos an dem Ausbau der Organisation gearbeitet, dann werden wir auch noch schönere und größere Erfolge aufzuweisen haben. Den Kassenbericht erstattete Redner. Einer Gesamteinnahme von 28 873,24 Mk. steht eine Ausgabe von 19 753,73 Mk. gegenüber, so daß ein Bestand von 9119,51 Mk. verbleibt. Die Ausgabebelegen verteilen sich wie folgt: Lokalsteuer 5305,88 Mk. Die Hauptkasse hat ausgegeben für: Arbeitslosenunterstützung 1656,75 Mk., Krankenunterstützung 3582,75 Mk., Gemahregeltemunterstützung 204,55 Mk., Streikunterstützung 1400,30 Mk., Rechtschutz 172,20 Mk., Sterbefallunterstützung 690 Mk., Extraintersubvention 75 Mk., in Summa 7781,55 Mk. Nach Entgegennahme beider Berichte wurde der Verwaltung sowohl wie dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Als stellvertretende wurden für 1911 gewählt: Bogner, Boring, Drechsler, Drevenstedt, Etke, Klinter, Nachholz, Redling, Kolwald, Schippe, Schwarz, Scheer, Schwierke, Ziebert, Weidner. Als Erfahrmänner: Grahn, Kirchner, Köpcke, Köhler und Portius. Nachdem noch das Stiftungsfest auf den 21. Januar festgesetzt war, wurde vom Vorsitzenden bekanntgegeben, daß Ende November und Anfang Dezember in allen Stadtteilen für unsere Kollegen Lichtbilderverträge stattfinden. Weiter wurde auf die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und die Gewerbegerichtsbeisitzerwahlen hingewiesen und die Kollegen ermahnt, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Nach einem Appell, unermüdet für die Ausbreitung der Organisation tätig zu sein, wurde die Versammlung geschlossen.

Warburg a. L. Am 23. Oktober fand eine Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Da sehr wichtige Angelegenheiten zur Sprache kamen, so war die Aufmerksamkeit einiger Mitglieder etwas erregt. Zuerst wurde die Abrechnung vom 3. Quartal gegeben. Es wurden an 28 Kollegen 414 Beitragsmarken verkauft, auch sind im Laufe des 3. Quartals 7 Aufnahmen gemacht worden. Die Einnahmen betragen 233,43 Mk., die Ausgaben und an den Zentralvorstand 176,08 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 47,35 Mk. Weiter wurde die fakultative Unterstützung-Einrichtung behandelt, und den Kollegen anheim gegeben, dieser beizutreten. Auch der Streit der Brauereiarbeiter wurde zur Sprache gebracht und darauf hingewiesen, was durch festen Zusammenschluß erzielt werden kann. Mögen alle Kollegen dafür sorgen, daß im Winter thätig Agitation getrieben wird, um unsere Zahlstelle auszubauen. Beschlossen wurde, im Winter mit Hilfe der Kollegen wöchentlich eine Betriebsitzung abzuhalten, bis jeder Kollege, auch der letzte, der Organisation beigetreten ist.

Strehlen i. Schl. In der Mitgliederversammlung am 16. Oktober referierte ein Breslauer Kollege über den Ausbau unserer Organisation und wurden seine Ausführungen mit Beifall aufgenommen. Dann wurde der Kassenbericht gegeben. Zwecks Agitation wurde jedem Kollegen ein Aufnahmeschein ausgehändigt und ihnen der Auftrag gegeben, zur nächsten Versammlung ein neues Mitglied mitzubringen.

Allgemeines.

Dreibiertel Millionen Sektoliter weniger Schnaps. Die monatlichen Angaben der Direktivbehörden ermöglichen eine fortlaufende Kontrolle der Schnapsbojottwirkungen. Mit den Ziffern des Septembers ist das Rechnungsjahr der Branntweinproduktion voll. Die Zahlen der Erzeugung und des Verbrauches an Alkohol zu Trinkbranntwein und zu gewerblichen Zwecken zeigen für das Rechnungsjahr 1909/10 — 1. Oktober bis 30. September — gegenüber früheren Jahren eine ganz einschneidende Veränderung, die ihre wichtigste Ursache im sozialdemokratischen Schnapsbojott hat. Der letzte Monat des Rechnungsjahres 1909/10 — September — ergibt das folgende Bild:

	1909 September 1910	+ oder -	oder in Sektoliter Alkohol	als 1909
Erzeugung	86 008	61 357	-	28,7 pCt.
Trinkverbrauch	269 840	152 857	-	43,4 pCt.
Gewerbl. Verbrauch	75 839	152 505	+	101,0 pCt.

Die Erzeugungsziffern und ebenso die übrigen Ziffern sind für den September ohne Elsaß-Lothringen, weil von dort die Angaben noch nicht vorlagen. Die Vergleichsziffern aus dem Vorjahre sind daher durchweg ebenfalls ohne Elsaß-Lothringen festgestellt. Die Differenz ist nicht allzu groß, da die Reichsländer mit vielleicht etwas über 3000 Sektolitern in die Rechnung einzustellen sind; am Gesamtbild ändert sich deswegen nichts. Die Ziffern selbst zeigen, durchaus in gleichem Maße wie die der vorangegangenen Monate, daß die Erzeugung und im besonderen der Trinkverbrauch scharf zurückgegangen sind. Der gewerbliche Verbrauch ist in ständig aufsteigender Linie vor sich gegangen.

Gegenüber dem Bild des einen Monats, das nur eine beschränkte Schlussfolgerung zuläßt, zeigt die folgende Zusammenstellung für das ganze Jahr viel wichtigere Ergebnisse:

	1908/1909	1909/1910	+ oder -	oder als 1909
Erzeugung	1 254 120	3 606 405	-	15,3 pCt.
Trinkverbrauch	2 577 726	1 789 331	-	30,6 pCt.
Gewerbl. Verbrauch	1 511 200	1 881 605	+	24,5 pCt.

Die Jahresziffern ergeben auch in ihrer heutigen ersten Feststellung, die leicht noch kleinerer Korrekturen bedarf, die aber das Gesamtbild wenig ändern werden, einen Rückgang an Trinkverbrauch von 788 395 Sektoliter Alkohol. Auch der starke Ausschlag des Alkoholverbrauchs zu gewerblichen Zwecken konnte diesen Rückgang nicht aufhalten, die Produktion mußte gegen das Vorjahr um rund 15 pCt. weichen! Inwieweit der gewerbliche Verbrauch ein Mißbrauch ist, bedarf erst noch der genaueren Feststellung; bis jetzt ist ja schon bekannt, daß die Behörde den Privatschnapsbrennern scharf auf die Finger sieht, weil sich herausgestellt hat, daß mancher gern den billigeren denaturierten Branntwein zu bitteren Schnapsen verwendet. Wird auch weiterhin noch angenommen, daß das erste Jahr unter der neuen und schärferen Besteuerung am ehesten einen starken Rückgang bringt, daß zum anderen Ein- und Ausfuhr — die letztere ist sehr gering, die erstere betrug in den Vorjahren im Durchschnitt 30 000 Sektoliter — die Zahlen noch etwas ändern werden, daran ist nicht zu rütteln, daß der sozialdemokratische Schnapsbojott seine Wirkung ausübt. Damit die Wirkung eine entscheidende werde, muß jedermann den Schnaps meiden! Es geht für den Fortschritt und gegen die Junker!!

Literarisches.

Geschichte der Revolutionen. Die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, kündigt als neue Folge der von ihr herausgegebenen „Kulturbilder“ eine auf gründlichen Quellenstudien beruhende volkstümliche „Geschichte der Revolutionen“ an, verfaßt von dem bekannten Genossen W. Conrad. Die Aufnahme eines solchen umfangreichen Geschichtswerks in die Sammlung der „Kulturbilder“ verdient alle Anerkennung. Für den Sozialdemokraten, der mit heißem Eifer für eine neue bessere Gesellschaftsordnung kämpft, gibt es keine interessantere und zugleich belehrendere Lektüre, als eine Schilderung der früheren großen Umwälzungen, aus denen die heutigen gesellschaftlichen Zustände hervorgegangen und erwachsen sind. Vorbedingung ist nur, daß solche Schilderungen sich nicht auf die bloße Darstellung der an der Oberfläche auftauchenden historischen Erscheinungen beschränken, sondern uns diese aus den ökonomischen Zuständen, aus dem Wirtschaftsleben jener Zeiten erklären und sie in ihrem ursächlichen Zusammenhang mit dem revolutionären Gesamtentwicklungsprozess erfassen. Daß dieses letztere aber geschehen und der Verfasser sich nicht mit oberflächlichen ideologischen Motivierungen begnügen wird, dafür bürgen seine bisherigen Arbeiten auf historischem Gebiet, in denen er sich als gründlicher geschichtsmaterialistischer Forscher erwiesen hat.

Zunächst werden die revolutionären Bewegungen zu Beginn der Neuzeit — die älteren antiken und mittelalterlichen Revolutionen scheidet aus — zur Darstellung gelangen, vornehmlich die Freiheitskämpfe in den Niederlanden und die große englische Revolution, darauf folgt die Geschichte des nordamerikanischen Freiheitskampfes, der sich später eine Schilderung des gewaltigen Revolutionsdramas Frankreichs am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, der Juli-revolution von 1830, der Februarrevolution von 1848 etc. anschließen soll.

Wie aus den ersten vorliegenden Heften und dem Inhaltsverzeichnis ersichtlich ist, hat sich der Verfasser bemüht, nicht nur seine Darstellung möglichst leichtverständlich und übersichtlich zu halten, sondern auch, wie dies die materialistische Geschichtsauffassung bedingt, die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Epochen ausführlich darzulegen und selbst in den älteren revolutionären Bewegungen des sechzehnten Jahrhunderts den politischen Regungen des Proletariats nachzuspüren.

Ergänzt wird das Wort des Verfassers durch eine reichhaltige Sammlung von wertvollen Illustrationen, meist Reproduktionen, guter Originale aus der Zeit der geschilderten Ereignisse, z. B. Porträts geschichtlich interessanter Persönlichkeiten, alte Städteansichten, Schlachtenbilder, Flugblätter, Karikaturen etc. Der Preis beträgt, wie für die früheren „Kulturbilder“, pro Heft 20 Pf. 25 Hefte bilden einen Band. Probenummern liefern alle Zeitungsredaktionen und Kolporteurs.

Das Protokoll des Magdeburger Parteitages ist erschienen. Die Verhandlungen des Parteitages wurden dieses Jahr mit ganz außerordentlichem Interesse bei unseren Genossen wie auch bei den Gegnern verfolgt und besonders die Debatten über die Budgetbewilligung haben die Gemüter aufs tiefste erregt. Aus den sonstigen Verhandlungen sind noch hervorzuheben: Bericht des Parteivorstandes — Parlamentarischer Bericht — Waifester — Wahlrechtsfrage — Genossenschaftsfrage — Reichsversicherungsordnung. Das Protokoll kostet Vereinsausgabe 1,25 Mk., gebunden 1,75 Mk. Bibliotheken und Archive seien besonders auf die allgemeine Ausgabe auf genauem holzfreiem Papier hingewiesen. Preis 2,50 Mk., Halbfranzband 3,50 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs.

Verantwortl. Redakteur: Carl Lindow, Karlshorst. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.

Verbandsfunktionäre!

Betriebsvertrauensleute, Branchenleiter, Verwaltungsmitglieder, Distrikts-, Agitationsmitglieder und Obleute.

Am Donnerstag, den 24. November 1910, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Allgemeine Funktionär-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Antrag Robbert und Genossen. 3. Geschäftliches.

Bei der außerordentlich wichtigen Tages-Ordnung ist es Ehrenpflicht jedes Funktionärs, in dieser Versammlung zu erscheinen.

NB. Die neue grüne Kontrollkarte ist als Legitimation mitzubringen und zwecks Abstempelung am Eingang zur Versammlung vorzuzeigen. Ohne diese Karte kein Zutritt.

Fakultative (freiwillige) Unterstützungseinrichtungen.

Wir machen unsere Mitglieder besonders darauf aufmerksam, daß die laut Anregung des Münchener Verbandstages vom Verbandsvorstand ausgearbeiteten Satzungen für die fakultativen Unterstützungseinrichtungen in der Nr. 11 des Courier vom 13. März veröffentlicht worden sind. Wir setzen voraus, daß alle Mitglieder dieselben gelesen und von dem Inhalt derselben Kenntnis genommen haben.

Mit dieser Einrichtung ist ein langgehegter Wunsch einer Anzahl Mitglieder, die das Bestreben hatten, sich in Bezug auf höheren Rechtsschutz, sowie für den Fall ihrer Invalidität, als auch in Bezug auf Witwen- und Waisenunterstützung zc. zu versichern, Rechnung getragen worden.

Viele Mitglieder haben im Laufe der Zeit wegen Fehlens derartiger Verbandseinrichtungen, sich bei Privatgesellschaften versichert, um auf diese Weise vorkommenden Falles nach dieser oder jener Richtung hin geschützt zu sein. Leider sind dabei nicht immer die besten Erfahrungen gemacht worden, weil man in verschiedenen Fällen Schwindelgesellschaften in die Hände gefallen ist.

Es ist also nunmehr auch in dieser Beziehung Wandel geschaffen worden, so daß wir von jedem Mitgliede, welches bestrebt ist, sich wie vorbemerkt zu versichern, erwarten, daß es die diesbezüglichen Verbandseinrichtungen in Anspruch nehmen wird.

Die Aufnahmen erfolgen unter den in den Satzungen festgesetzten Bedingungen und zwar bei den Kollegen Beitragskassierern, als auch in den Büros und Arbeitsnachweisen des Verbandes zu Berlin, Charlottenburg und Köpenick.

NB. Die Unterstützungseinrichtungen sind nicht obligatorisch, sondern fakultativ, d. h. es liegt hier kein Zwang vor, es ist vielmehr jedem Mitgliede freigestellt, sich aufnehmen zu lassen.

Baufondsmarke.

Die am Mittwoch, den 18. Januar 1910 stattgefundene außerordentliche General-Versammlung der Bezirksverwaltung Groß-Berlin hat sich mit der Frage: „Beschaffung eines eigenen Heims“ (Verbandshauses) eingehend beschäftigt und dann mit großer Majorität beschlossen: „1. Dem Ankauf der in Frage kommenden Grundstücke zuzustimmen und 2. daß jedes Mitglied, d. h. erwachsene männliche Mitglieder, einen einmaligen Extrabeitrag von 2 Mk., weibliche und jugendliche Mitglieder einen solchen von 1 Mk. und zwar in $\frac{1}{4}$ resp. $\frac{1}{2}$ jährlichen Raten à 50 Pfg. zwecks Schaffung eines Baufonds beizutragen haben.“ Als Quittung werden vom Hauptvorstand besondere Marken à 50 Pfg. herausgegeben, welche durch die angestellten Eintassierer, Zahlstelleninhaber und Betriebsvertrauensleute zur Ausgabe gelangen.

Wir betrachten es als Ehrensache eines jeden Mitgliedes der Bezirksverwaltung Groß-Berlin, daß es den vorgeführten Beschluß beachtet und die Baufondsmarken mindestens je eine pro Quartal entnimmt.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A. August Werner, Engelufer 14-15, Zimmer 34. — Telefon: Amt 4, 2382 und 4747.

An die Mitglieder in Nixdorf, Britz, Creptow und Umgegend.

Am Sonntag, den 13. November 1910, abends 5 Uhr, im Karlsgarten, Nixdorf, Karlsgartenstraße 6-11: **Großer Volkelieder-Abend**

und Rezitationen, vorgelesen von Frau Margarete Waltot. e. — Nach den Vorträgen: **Geistliches Beisammensein mit Tanz.** — Während der Vorträge ist das Rauchen nicht gestattet, auch bleiben die Saaltüren geschlossen.

Entree nur 25 Pfg. inkl. Programm.

Einen wirklich genussreichen und gemütlichen Abend versprechend, erwartet Massenbesuch

Die Agitationskommission von Nixdorf, Britz und Creptow.

Sektion I. Handelsarbeiter.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Kollegen, welche gezwungen sind, Sonntags in der Zeit von 10-12 vormittags und von 2 Uhr nachmittags ab zu arbeiten, werden ersucht, der Sonntags-Kontrollkommission genaue Angaben zu machen sowie die Nebertätigkeiten rechtzeitig dem Büro, Alte Leipzigerstr. 1, Fernsprecher Amt 1, 2632 und 9330 zu melden.

Delegiertenwahl

Ortskrankenkasse der Schneider pp.

Am Montag, den 14. November 1910, abends 6-10 Uhr bei Wille, Sebastianstraße 39.

Mitglieder obiger Kasse werden ersucht, vollständig ihr Stimmrecht auszuüben und gleichzeitig in ihren Familienkreisen die weiblichen Mitglieder ganz besonders auf die Notwendigkeit der Beteiligung an der Wahl aufmerksam zu machen. Wahlkarten werden täglich, auch am Wahltage, im Kassenlokal, Sebastianstraße 37/38, ausgestellt.

Die Liste der freien Gewerkschaften führen die Namen **Albrecht — Bühlke.**

Hausdiener, Packer, Radfahrer!

Wir ersuchen sämtliche Kollegen, welche der Sektion I unseres Verbandes angehören und in der Lebens- und Genussmittelbranche wie Bäckereien, Konditoreien, Schlägereien, Kolonialwaren-, Delikatess-, Dfkr- und Gemüße-, Schokoladen-, Zigarrengeschäften usw. tätig sind,

zwecks Gründung einer besonderen Branche umgehend ihre Adresse und Beschäftigungsstelle dem Arbeitsnachweis-Büro, Alte Leipzigerstraße 1, mitzuteilen.

Die Sektionsleitung.

An die Kollegen aus den Kauf- und Warenhäusern!

Wir geben hierdurch bekannt, daß für die organisierten Kollegen aus den Kauf- und Warenhäusern eine **grüne Legitimationskarte** eingeführt wird. Diese soll als Ausweis der Mitgliedschaft, speziell bei Ablieferung von Paketen dienen. Die Karten werden in den Betriebsversammlungen und der Bezirksverwaltung, Zimmer Nr. 8 $\frac{1}{2}$, ausgegeben. Ohne Vorlegung des Mitgliedsbuches werden keine Karten ausgestellt.

Die Branchenleitung der Kauf- u. Warenhäuser.

Einkassierer der Singer-Co.

Am Dienstag, den 15. November 1910, abends 8 Uhr, findet im Restaurant **Haberland** (früher **Hahn**), Linienstr. 73, am Rosenthaler Tor, eine

Versammlung aller Singer-Angestellten

(Kassierer, Hausdiener, Chauffeure), statt, wozu jeder Kollege unbedingt erscheinen muß.

Tages-Ordnung: 1. Die 1. Konferenz der Eintassierer Deutschlands und welche Lehren haben die Eintassierer der Singer-Co. daraus zu ziehen. 2. Diskussion. 3. Das Verhalten des Vorstandes der Vereinigung der Singer-Angestellten betreffend Zusammenschluß. 4. Verschiedenes.

Wir erwarten vollzähliges Erscheinen.

Die Branchenleitung.

Hausdiener, Packer, Radfahrer, Schaffner, Portiers, Fahrstuhlführer, Jugendliche, Chauffeure, Handwerker usw. aus den Kauf- und Warenhäusern Berlins.

Am Montag, den 14. November 1910, abends 9 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

in den „**Arminenhallen**“, Kommandantenstr. 58-59.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Paul Müller**, Sekretär des deutschen Transportarbeiter-Verbandes über: „Der dümmste Arbeiter ist der gefügigste und für die kapitalistische Ausbeutung durdsamste.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. Kollegen! Agitiert für einen guten Besuch der Versammlung. Die unserer Sache noch Fernstehenden sind ganz besonders eingeladen. Erscheint in Massen.

Die Branchenleitung der Kauf- und Warenhäuser.

Lederbranche!

Hausdiener und Packer aus obiger Branche werden ersucht, in der am Freitag, den 13. November 1910, abends 8 Uhr, im Lokal von **Nichter**, Klosterstraße 62 stattfindenden

Branchenversammlung.

bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches. Einen wirklich zahlreichen Besuch erwartet

Die Branchenleitung.

Markthelfer, Lagerarbeiter, Burschen im Buchhandel, Buchbindereien, Buchdruckereien und in Papler engros-Geschäften Berlins.

Am Montag, den 14. November, abends 8 Uhr:

Grosse Versammlung

im neuen Arbeitsnachweissaal, Alte Leipzigerstr. 1.
Tages-Ordnung: 1. Der Zusammenbruch eines Scharfmachers im Buchhandel. 2. Die Einzelverträge für Voten in der Firma Herm. Schild. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der interessanten Themas der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Berufskollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen! Kollegen! Agitiert für zahlreichen Besuch! Erscheint in Massen!

Die Branchenleitung.

Hausdiener, Kutscher aus den Wäsche-Verleihgeschäften Berlins!

Am Dienstag, den 15. November, abds. 8 1/2 Uhr, im „Arbeitsnachweissaal“, Engelufer 15:

Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Welche Stellung nehmen die Kollegen in der Tarifrage ein? 2. Diskussion und Beschlussfassung. 3. Wahl von Kommissionen. 4. Verschiedenes. In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Berufskollegen, pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen! Kollegen! Agitiert für zahlreichen Besuch! Erscheint in Massen! — Beiträge können am Eingang bezahlt werden. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Die Sektionsleitung. S. N.: Wald. Niede.

Sektion II.

Transportarbeiter.

Rollkutscher, Begleiter, Bodenarbeiter und Mitfahrer!

Zu der nächsten Woche erscheinen die **Protokolle und Schriftsätze**

über die Tarifverhandlungen der Lohnkommission der Rollkutscher, Begleiter, Bodenarbeiter und Mitfahrer mit dem Vorstand des Lokalvereins Berliner Speditioneure im Nr. 11/12 1910, gedruckt in einer 56 Seiten starken Broschüre.

Die Broschüre in ihrer Zusammenstellung gibt den Kollegen einen genauen Überblick über den Verlauf der Verhandlungen, sowie der hierbei gegenseitig gegliederten Erörterungen über das Arbeitsverhältnis im Speditionsgewerbe und kann daher nicht nur unseren Kollegen im Speditionsgewerbe, sondern auch andern Verbandskollegen zur Anschaffung bestens empfohlen werden.

Gaut Beschluss der Vertrauensmännerkung wird die Schrift zum Selbstkostenpreis mit 35 Pfg. pro Exemplar abgegeben.

Für den Vertrieb bitten wir fleißig zu sorgen.

Sektion II. S. N.: Albert Utzsch.

Voranzeige.

Geschäftskutscher, Lagerarbeiterinnen und Arbeiter.

Am Sonntag, den 4. Dezember, findet im Lokale von Voeter, Weberstr. 17, für obige Branche ein heiterer

Wilhelm Busch-Abend

statt. — Zur Aufführung gelangen 153 farbige Lichtbilder. Darunter:

Abenteuer eines Junggefallen.

Hierauf: Kinematographische Vorführungen.

Nachdem: **GROSSER BALL.**

Billets 40 Pfg. inkl. Tanz. Anfang 5 Uhr.

Billets sind durch die Betriebsvertrauensleute zu haben. Hohe Beteiligung erwartet

Die Branchenleitung.

Kellerarbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher aus den Grossdestillationen, Wein- u. Bierversandgeschäften, sowie aus den Mineralwasser- und Essigfabriken Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 27. November 1910, abends präzis 6 Uhr, im Restaurant „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c

Großer Unterhaltungsabend.

Programm: Märkische Wanderungen, Lichtbildervortrag, veranstaltet vom Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin.

1. Teil: Dehmsee, Streibberg, Duberomberge, Markgrafensteine, Scharnmühlsee. 2. Teil: Klüdersdorfer Kallberge, Stienhsee, Annathal, Herrensee, Strausberg, der Blumenthal, Mandsee, Lattsee, Markstein, Gamengrund, Gamensee. Nach der Aufführung gemütliches Beisammensein und Tanzkränzchen. Billet à 20 Pfg. Herren, welche sich am Tanze beteiligen, zahlen 30 Pfg. nach. Da der Lichtbildervortrag präzis 6 Uhr beginnt, ist ein pünktliches, sowie zahlreiches Erscheinen dringend notwendig. Billets sind bei den Funktionären und an der Abendkasse zu haben.

Die Branchenleitung.

Bretterträger, Platzarbeiter, Halenarbeiter und Kutscher von den Holzplätzen und Ausladehäfen Gross-Berlins.

Abteilung 8, Weissensee, Am Montag, den 21. Nov., abends 6 1/2 Uhr bei David Köhler, Greifswalderstr. 80.

Ferner für die Kollegen von den Plätzen

Nizdorf, Britz, Treptow u. Berlin S. u. SO.

findet am Mittwoch, den 16. November (Bußtag), nachmittags 6 Uhr, im „Döhmschen Krug“, Nizdorf, Richardstr. 35, eine

Versammlung mit Frauen,

für die Kollegen von den Plätzen

Charlottenburg, Wilmersdorf, Salensee u. Schöneberg

findet am 20. November (Totensonntag), abends 6 Uhr, bei Fritz Kant, Tegeler Weg, ebenfalls eine

Versammlung mit Frauen,

für die Kollegen von den Plätzen

Reinickendorf, Wedding und Berlin N.

findet am Sonntag, den 27. November, abends 6 Uhr bei E. Gwald, Neues Klubhaus, Schulstr. 29, ebenfalls eine

Versammlung mit Frauen

statt. — Am Schluß aller Versammlungen: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Kollegen, agitiert schon jetzt recht tüchtig für den Besuch dieser Versammlungen.

Die Branchenleitung.

Leitergerüstbauer und Kutscher.

Am Sonntag, den 13. November, vorm. 10 Uhr im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig.

Die Branchenleitung.

Voranzeige!

Rollkutscher, Begleiter, Bodenarbeiter und Mitfahrer.

Am Mittwoch, den 16. Nov. (Bußtag), abends 5 Uhr

Großer Lichtbilder-Vortrag

bei Böcker, Weberstraße 17.

Zum Vortrag gelangt: Die Karikatur im deutschen Freiheitskampf. Vortragender: Ingenieur Genosse W. Marx Grempe-Berlin. Der Vortrag wird durch mehr als 75 farbige Lichtbilder erläutert. Zum Schluß die sieben Streiche von „Maz und Moritz“.

Nach dem Vortrage gefälliges Beisammensein mit Tanz. Billets à 40 Pfg. inkl. Tanz sind bei allen Betriebsvertrauensleuten und im Verbandsbüro zu haben.

Die Branchenleitung.

Kohlenarbeiter und Kutscher (Bez. Wedding).

Am Dienstag, den 15. November, abds. 8 1/2 Uhr:

Grosse Versammlung

im Lokal von Schwarz, Tegelerstr. 55.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Branchenleitung.

Die ordentliche

General-Versammlung

der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin

findet statt am

Montag, den 14. November 1910, abends 8 1/2 Uhr in den „Centrums-Festsaal“, Niederwallstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Professor Conser über: „Die moderne Alkoholfrage.“
2. Änderung der §§ 12 und 23 des Kassensatzes und der Nummer 5 der Verhaltensregeln für erkrankte Mitglieder.
3. Verschiedenes.
4. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung für 1910.
5. Wahl von
 - a) 4 Vorstandsmitgliedern aus den Reihen der Arbeitnehmer bis Ende 1913;
 - b) 2 Vorstandsmitgliedern aus den Reihen der Arbeitgeber bis Ende 1913.

Der Vorstand.

Richard Nürnberg, Vorsitzender. Jonas Stahl, Schriftf.

Jugend-Abteilung.

Versammlungen.

Abteilung Süd-Ost am Sonntag, den 13. November, nachmittags 2 Uhr, bei Manzen, Reichenbergerstraße 18.

Tages-Ordnung: Vortrag: „Die Entstehung der Seele.“ Ref.: M. Krüke. Diskussion und Bekanntgabe der nächsten Veranstaltungen.

Abteilung Nizdorf am Sonnabend, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Labbert, Steinhilberstr. 114. Tages-Ordnung: Vortrag: „Das Leben der Zigeuner.“ eine kulturhistorische Betrachtung. Ref.: Fel. Ida Mann. Diskussion und Bekanntgabe der nächsten Veranstaltungen.

* * *

Am Sonntag, den 20. November, abends 7 Uhr, findet ein

Lichtbilder-Vortrag

im Vortragssaal der Treptower Sternwarte statt über: „Die Bewohnbarkeit der Welten.“

Bei klarem Wetter wird im Anschluß an den Vortrag durch das große Fernrohr der Mond oder der Saturn beobachtet.

Eintrittskarten zum Vorzugspreise von 40 Pfg. sind bis zum 19. November im Vikro, Engel-Nfer 15, Zimmer 82, zu haben. Für die Beobachtung durch das Fernrohr werden Extrakarten am Sonntag, den 20. November, ausgegeben, ebenfalls für 40 Pfg.

Zahlreiche Beteiligung der jugendlichen Kollegen an den Veranstaltungen erwartet

Die Sektionsleitung.

Sektion IV.

Berliner Lokales.

Am Sonntag den 31. Juli ds. Jz. in der Zeit zwischen 1/11 und 1/2 Uhr mittags, hatte ein Kollege am Olbaer Platz in Wilmersdorf einen Reifendefekt. Bei der Wiederaufmontierung des Reifens half ihm ein anderer Kollege.

Während der Zeit, wo der obengenannte Kollege am Olbaer Platz stillgelegen hat, soll er an einer anderen Stelle zu schnell gefahren sein und hat deshalb eine Anzeige bekommen. Um diese Anzeige zu entkräften ist es notwendig, daß sich der Kollege meldet, welcher bei der Aufmontierung des Reifens behilflich war. Nähere Mitteilungen werden erbeten an Hermann Stiller, Charlottenburg, Neue Kantstraße 28 oder nach Zimmer 31 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

In der Nacht vom 14. bis 15. Oktober ist ein Herr vom Trocadero, Unter den Linden, nach seiner Wohnung bei Spalte, Kaiserin Augustastr. 77, mit einer Autodroschke gefahren. Er konnte den Chauffeur nicht bezahlen und gab ihm seinen hellen Mantel als Pfand; der Chauffeur brachte am folgenden Montag den Mantel nach der Kaiserin Augustastr. 73, woselbst der Herr nur sein Kontor hat. Die Portiersfrau wußte nichts davon und verweigerte die Annahme des Mantels. Man bittet den Chauffeur, den Mantel gegen Zahlung des Fahrgeldes und Trinkgeld bei Spalte, Kaiserin Augustastr. 77, abzugeben.

Verloren, am Sonnabend, den 28. 10. 10, abends, von Kraftdroschke ein Blender. Da der Fahrer denselben ersetzen soll, wird der ehrliche Finder gebeten, denselben bei Hoffmann, Schleifschestr. 29, abzugeben. Unkosten vergütigt.

40 Mk. Belohnung! Am Dienstag, den 1. zum 2. November, nachts, auf der Fahrt vom Alexanderplatz nach Stubbenlammerstr. in Kraftdroschke eine rotbraune Handtasche, Inhalt rotbraunes Portemonnaie mit 120 Mk. und ein Bund Schlüssel liegen gelassen. Derjenige Fahrer, welcher dieselbe gefunden, oder die Fahrt ausgeführt hat, wird gebeten, sich im Verbandsbüro Engelufer 15, Zimmer 43/44 zu melden. Diskretion zugesichert.

Derjenige Kraftdroschkenführer, welcher am 1. d. Mts., abends 12 Uhr, eine Dame von Kurze-Ecke Landsbergerstr. nach der Wilhelmstr. fuhr, dort 2 Mk. und ein Paar Ohrringe in Pfand bekam, dann nach der Brunnenstraße fuhr, sein Fahrgeld bekam, aber die Ohrringe vergaß, zurückzugeben, wird ebenfalls gebeten, sich im Verbandsbüro zu melden.

Mitglieder der Sektion 5!

Die für Sonntag, den 13. November, vormittags 10 Uhr, anberaumte Versammlung in den „Germania-Brachsfäden“ fällt wegen der an diesem Tage stattfindenden Gewerbegerichtswahlen aus und findet 8 Tage später Sonntag, den 20. November, vormittags 9 1/2 Uhr, in vorgenanntem Lokale statt.

Tages-Ordnung: 1. Die Lehren der von den Industriellen angebrochten Ausperrung und welche Kämpfe stehen uns noch bevor. 2. Diskussion.

Einen recht zahlreichen Besuch erwartet

Die Sektionsleitung.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Rettig, Berlin. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer u. Dimmick, Berlin, Adalberstr. 22